

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3spalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bren. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung.

Von Karl Schmidt. III.

Auf einem anderen Gebiet zeigt das RAG., daß es den Arbeitern den guten Glauben abspricht, obwohl früher das RAG. viel weitfichtiger war. So hat das RAG. am 14. Mai 1928 (IV 701/25, „Gewerkschaftszeitung“ 1928, Beilage 10) folgenden Grundsatz aufgestellt:

„Keine Schadenerschaftspflicht des Betriebsrats, der eine objektiv rechtswidrige Handlung vornimmt, wenn derselbe durch eine rechtswidrige Handlung des Unternehmers hierzu veranlaßt wurde. Es liegt in diesem Falle kein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Der Betriebsrat befand sich in einem entschuldbaren Irrtum.“

In einer ähnlichen Richtung bewegt sich die Entscheidung des RAG. vom 3. November 1928 (RAG. 161/28 — Bensch. Samml., Bd. 4, S. 278). Hier wird zur Frage, ob der Arbeiter bei irriger Annahme zur Arbeitsverweigerung berechtigt sei, Stellung genommen. In den Gründen wird ausgeführt:

„Bei dem im Vertragsrecht herrschenden Verschuldungsprinzip könne man nicht den Satz aufstellen, daß der, der sich objektiv der Arbeitsverweigerung schuldig gemacht habe, ohne Rücksicht auf seine subjektive Auffassung die Folgen zu tragen habe. Es könne aber nicht jeder, sondern nur ein entschuldbarer Irrtum die strafflose Entlassung ausschließen.“

Hueck sagt in einer Anmerkung zu dieser Entscheidung:

„Wenn also der Kläger an das Bestehen dieser Bestimmung glaube, und wenn er daraus die Folgerung zog, daß er zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet war, so lag, sofern diese Annahme unrichtig ist, ein Irrtum über den Inhalt des Arbeitsvertrages vor.“

Nach sechs Wochen wird dieser Standpunkt schon etwas abgeschwächt:

Die Entscheidung des RAG. vom 15. Dezember 1928 (RAG. 490/28 — Bensch. Samml., Bd. 5, S. 55) stellt folgenden Grundsatz auf:

„Der gute Glaube des Arbeitnehmers an ein Recht zum Verlassen der Arbeit schließt die Kündigung nicht unbedingt aus. Andererseits hat aber der Arbeitnehmer auch nicht bei jedem lediglich objektiv unbefugten Verlassen der Arbeit die Gefahr seiner irrftümlichen Beurteilung der Rechtslage zu tragen.“

Eine so allgemeine Einschränkung der Bedeutung des subjektiven Tatbestandes für den Entlassungsgrund ist der Rechtsprechung des RAG. fremd.

Hueck sagt dazu in einer Anmerkung: „Daß die Ausführungen des RAG. zur subjektiven Seite des Tatbestandes von § 123 Ziff. 3 B.G. nicht unbedenklich seien. ... Erfreulicherweise lehnt das RAG. nimmerehr diesen Standpunkt ab. Es verneint ausdrücklich den Satz, daß bei jedem objektiv unbefugten Verlassen der Arbeit der Arbeitnehmer die Gefahr seiner irrftümlichen Beurteilung der Rechtslage trage.“

Diese erfreuliche Feststellung des Arbeitsrechtlers Hueck hat nicht lange gedauert, denn das Weiter — oder die Rechtsanschauung des RAG. war nach vier Wochen umgeschlagen. In der Entscheidung des RAG. vom 12. Januar 1929 (RAG. 320/28 — Bensch. Samml., Bd. 5, S. 62) heißt es:

„Ein Arbeitnehmer, der in der irrigen Annahme, daß eine ihm aufgetragene Arbeit nicht unter seinen Vertrag falle, dieselbe beharrlich ablehnt, kann strafflos entlassen werden.“

Hueck bemerkt hierzu:

„Meines Erachtens steht diese Entscheidung damit im direkten Widerspruch zu der vom 15. Dezember 1928.“

In diesem Widerspruch, den auch andere ohne weiteres erkennen, liegt ein System. Im Urteil vom 29. Mai 1929 des RAG. (RAG. 635/28 — Bensch. Samml., Bd. 6, S. 335) wird ausgeführt:

„Ist die Frage der Arbeitspflicht rechtlich zweifelhaft und mußte der Arbeitnehmer das erkennen, so handelt er auf eigene Gefahr, wenn er die Arbeit verweigert. Insbesondere steht er sich für den Fall, daß die Arbeitspflicht doch bestand, der strafflosen Entlassung aus.“

Aus den Entscheidungsgründen:

„Wenn das Berufungsgericht dann zur subjektiven Seite des Verhaltens übergehend, dem Kläger den guten Glauben zuspricht, weil er sich so entschieden habe, wie das bei seiner pflichtmäßigen Einstellung und der gegebenen Sachlage verständlich gewesen sei, und die in dem unbefugten Verlassen der Arbeit zugleich liegende Verweigerung der angeordneten Mehrarbeit damit entschuldigt, daß die Verhandlungsweise des geschäftsführenden Mitinhabers der Beklagten mit dem Betriebsrat „anßerst dürftig“ und „ungewöhnlich schroff“ gewesen, daß ferner die Anordnung der Mehrarbeit für die Arbeiter „unverständlich plötzlich“ erfolgt und daher von ihnen „als recht lästig“ empfunden worden sei, daß endlich der Kläger „als Arbeiter in dem Streit Partei“ gewesen sei und als Vorsitzender des Betriebsrats nach § 1 B.G. in erster Linie die „Interessen der Arbeiter wahrzunehmen“ gehabt habe, auch „innerhalb weniger Stunden und während laufender Arbeitszeit“ sich habe entscheiden müssen, so vermögen diese Erwägungen die getroffene Entscheidung nicht zu rechtfertigen.“

Zunächst ist es rechtsirrig, daß der Kläger als Vorsitzender des Betriebsrats nach § 1 B.G. „in erster Linie“ die Belange der Arbeiter wahrzunehmen hatte. Laut § 1 a. a. O. wird der Betriebsrat „zur Wahrnehmung“ der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer den Arbeitgebern gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke errichtet. Es ist hier nicht die eine Aufgabe vor die andere, sondern sind beide Aufgaben gleichwertig neben-

Der kapitalistische Verwandlungskünstler.

Die Preisgabe der Unternehmer.

Der Verwandlungskünstler sitzt in Dresden. Je nachdem es der Zweck erfordert, trifft er unter folgenden Namen auf:

- 1. „Deutscher Industrieschutzverband.“
- 2. „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse.“
- 3. „Verein für soziale Aufklärung.“

Die Bezeichnungen unter 2 und 3 sind nichts anderes als verschiedene Larven, die sich der Industrieschutzverband vorbindet bei Handlungen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, d. h. wenn der Wolf „Industrieschutzverband“ zu den Schafen „Arbeiterchaft“ geht.

Als Industrieschutzverband faßt diese Organisation alle Unternehmer zusammen, erhebt Beiträge und zahlt bei Streiks und Aussperrungen an die bestreikten und aussperrenden Unternehmer Entschädigung. Es ist also eine Kampforganisation der Unternehmer gegen die Arbeiter. Wie dieser Industrieschutzverband sich als „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“ und als „Verein für soziale Aufklärung“ betätigt, das soll hier gezeigt werden.

Im Jahre 1926 hat dieser Industrieschutzverband an die ihm noch nicht angehörenden Unternehmer Werbeschriften verschickt zu dem Zwecke, diese Unternehmer für den Industrieschutzverband als Mitglieder zu gewinnen. In der Agitationschrift wurde den noch fernstehenden Unternehmern unter anderem auch die für alle Unternehmer segensreiche Tätigkeit des Industrieschutzverbandes auseinandergesetzt. Es heißt da:

„Unser Verband führt im Interesse der Mitglieder, aber nicht nur in Differenzfällen, den Kampf mit (muß heißen „gegen“ die Red.) Gewerkschaft und Arbeiterchaft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiter über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten. In Hunderttausenden von Exemplaren werden beständig, und zwar unter neutraler Flagge, Druckschriften und Flugblätter an die Arbeiterchaft versandt,

worin sie über volkswirtschaftliche Kenntnisse, wie Kapital, Unternehmer, Geld, Lohn, Preis usw., aufgeklärt werden.“

Also die Kampforganisation klärt die Arbeiterchaft auf über — — — — — Marxismus, sagen sie heute, seitdem sie die Nazis fördern. Das unter die Arbeiterchaft gebrachte Material geht „unter neutraler Flagge“, d. h. unter den falschen Namen, wie wir sie eingangs unter 2 und 3 aufgeführt haben. Pfui Teufel!

Im April dieses Jahres hat der Industrieschutzverband unter der Maske „Verein für soziale Aufklärung“ ein Flugblatt, Nr. 106a, unter die Arbeiterchaft geworfen, mit der Überschrift „Preisgabe“. Es heißt in dem Flugblatt einleitend: Der Erfolg unserer ersten beiden Preisgaben in den Jahren 1929 und 1930 veranlaßt uns, auch in diesem Jahre wieder ein Thema zur Bearbeitung zu stellen: „Inwieweit tragen Tarifvertrags- und Schlichtungswesen die Schuld an der Arbeitslosigkeit?“ Es sind drei Preise ausgesetzt: 60, 30 und 10 Mk.

Dem Industrieschutzverband ist anscheinend der Spiritus ausgegangen, weil er geistige Anleihen bei den Arbeitern zu machen sucht. Er will volkswirtschaftliche Kenntnisse verbreiten, die er gar nicht besitzt; die er erst bei der Arbeiterchaft sammeln muß. Bankrott in jeder Beziehung. Außerdem sind die Preise sehr niedrig für solch schmutzige Arbeit. Das Unternehmertum im Industrieschutzverband kauft sich das Material gegen die Arbeiterchaft bei Arbeitern. Dieses Material wird bei den Regierungsstellen verwendet als die Meinung der Arbeiterchaft.

Unsere Mitglieder müssen bei der nächsten Gelegenheit den Arbeitern und Arbeiterinnen sagen, wer hinter dem Schwindel steckt und wem der Schwindel Nutzen bringt. Also merkt auch:

„Deutscher Industrieschutzverband“, „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“, „Verein für soziale Aufklärung“ ist ein und dasselbe.

Betriebsrats verpflichtet, die Belange des ganzen Betriebes wahrzunehmen, nicht denen der Arbeitnehmer den Vortzug zu geben. Insofern war er auch nicht „Partei“, sondern Berater der Betriebsleitung. Seine andere Einstellung war nicht „pflichtmäßig“, sondern einseitig.“

Rörpel bemerkt hierzu:

„Die Rechtsprechung des höchsten Gerichts kommt eben doch darauf hinaus, daß ein Arbeiter sich dem Willen des Arbeitgebers immer dann fügen muß, wenn überhaupt ein Zweifel an der Richtigkeit der Auffassung des Arbeiters möglich ist.“

Wenn die höchsten Richter sich über die Begriffe objektiv und subjektiv nicht klar sind, wie das der Wandel innerhalb der kurzen Zeit beweist, dann kann man verstehen, daß der Arbeiter diese haarspalterischen Auffassungen nicht auseinanderhalten kann und deshalb nun den Fallstricken der reichsarbeitsgerichtlichen Methoden verfällt. Ist diese Einstellung mit der Bemerkung „Weltfremdheit“ abzutun? Ich tue es nicht, denn es liegt System in der Auffassung des RAG. Bewußtes Handeln, das ich kennzeichnete durch die Bemerkung:

In die Speichen des Gesetzes und des Rechts greifen. Schon auf dem Hamburger Verbandstag habe ich die Stellung des RAG. zum § 615 B.G.B. dargelegt. Heute will ich nur einige Schlussfolgerungen aus den Entscheidungsgründen ziehen.

In der Entscheidung des RAG. vom 6. Februar 1923 (Bd. 106, S. 275) wird festgestellt, daß der individualistische Standpunkt des B.G.B. überholt sei, und zwar „durch den Gedanken der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft“.

Diese falschen Grundsätze hat sich das RAG. erstmals in seiner Entscheidung vom 20. Juni 1928 (RAG. 1/28 — Bensch. Samml., Bd. 3, S. 116) zu eigen gemacht. Das Ergebnis bedeutet einen Übergang zur Freirechtsprechung und im gewissen Sinne eine Anerkennung des kollektiven Arbeitsrechts. Das ist aber nur scheinbar.

Aus den Entscheidungsgründen sei hervorgehoben:

„Der Arbeiter ist nicht mehr bloßes Werkzeug des Unternehmers, sondern ein lebendes Glied der Arbeitsgemeinschaft.“

„Diesen erweiterten Rechten stehen naturgemäß erweiterte Pflichten, nämlich die Mittragung einer gewissen Verantwortlichkeit für den Betrieb, gegenüber.“

Aus einem scheinbaren Recht steigert das RAG. die Verpflichtungen der Arbeiter und beschränkt dadurch das alte Recht.

In diesen Trugschlüssen liegt die unverständliche Rechtsprechung des RAG. begründet. Als 1923 das RAG. die erste

der Meinung sein, die Funktion der Betriebsvertretungen sei ein Wirtschaftsrecht, sei der Anfang zur Sozialisierung.

Dieser Irrtum ist doch durch die Praxis aufgeklärt. Die RAG. Räte sind belehrt. Im Februar 1928 haben wir stundenlang darüber beraten. Ich habe die Wirklichkeit scharf und klar dargelegt. Das RAG. ist unbelehrbar und baut auf dem Irrtum weiter auf. Die besprochene Entscheidung vom 29. Mai 1929 beweist das. Dieses Urteil, welches verlangt, daß der Arbeiter objektiv urteilen und handeln muß und die Belange des ganzen Betriebes wahrzunehmen hat, steuert klar darauf hinaus, den gewerkschaftlichen Einfluß zu unterbinden. Die Arbeiter, und in erster Linie die Betriebsratsmitglieder, werden geemmt, ihre Klasseninteressen zu vertreten. Das hat wiederum die praktische Wirkung:

Die Macht des Unternehmers wird durch das RAG. gestärkt.

Damit wird der Gewerkschaftsbewegung die Bewegungsfreiheit genommen, ihr Einfluß wird geschwächt.

In diesem Streben treten sogar Gegensätze zwischen RAG. und RAG. in Erscheinung, und zwar in der Frage der Maifeier. Auch hier spielt der „gute Glaube“ eine hervorragende Rolle.

Das RAG. hat am 10. Januar 1925 (IV 382/24 — „Juristische Wochenschrift“ 1925, S. 1874) festgestellt:

„Habe in dieser Gegend als üblich gegolten, am 1. Mai zu feiern, so habe die Selegenschaft der Kläger vielleicht der Ansicht sein können, ... daß der 1. Mai arbeitsfrei sei, wie er es tatsächlich seit der Revolution auch gewesen sei. Die Selegenschaft sei also möglicherweise des Glaubens gewesen, daß die Arbeitgeberin sei, die bei ihrem Widerstand gegen die Arbeitsruhe die Arbeitsverträge gegen sich habe. Muß mit der Möglichkeit eines solchen guten Glaubens der Beklagten gerechnet werden, so kann zunächst der § 826 B.G.B. gegen sie nicht angewendet werden.“

Diese Auffassung kann selbstverständlich das RAG. bei seiner sonstigen Einstellung nicht gutheißen. In seinem Urteil vom 5. Februar 1930 (RAG. 335/29 — Bensch. Samml., Bd. 8, S. 266) stellt es folgenden Grundsatz auf:

„Anwendung von Nachmitteln durch eine Gewerkschaft gegenüber einem Arbeitgeber, der wegen Maifeier Arbeiter „rechtmäßig“ entlassen hat, ist ein Verstoß gegen die guten Sitten.“

Rörpel sagt in der Anmerkung in der „Arbeitsgerichts-Praxis“ 1930, S. 160:

„Die Entscheidung des RAG. ist vollkommen weltfremd. ... Das RAG. muß unter allen Umständen den weltanschaulichen und sittlichen Gehalt einer Forderung mit in Rechnung stellen, wenn nicht die Ereignisse seiner Rechtsprechung geradezu grotesk werden sollen.“

Das RAG. kommt in seinem Urteil vom 26. März 1930

Aussage, daß das Fehlen des 1. Mai trotz Verwarnung ein Grund zur fristlosen Entlassung sei. In den Gründen wird dem Betriebsrat noch folgende Reaktion erteilt:

Die Kläger als Betriebsratsmitglieder hätten zudem vermöge der ihnen durch den § 86 Nr. 3 und 6 B.G.B. obliegenden Pflichten auch dafür zu sorgen, daß nicht eigenmächtig von einer größeren Zahl von Arbeitern gegen den Willen des Arbeitgebers die Arbeit am 1. Mai ausgesetzt wurde...

Der Betriebsrat muß also nach der Anschauung des R.A.G. gegen seine Überzeugung auf seine Arbeitskollegen dahin einwirken, daß der 1. Mai nicht gefeiert wird. R o s e l sagt in der Anmerkung in der „Arbeitsrechts-Praxis“ Nr. 7/1930:

Um solche Urteile zu fällen, hätte es der Schaffung sozialer Arbeitsgerichtsbehörden wirklich nicht bedurft, woraus sich nicht die Überflüssigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden, sondern nur die grundsätzliche falsche Einstellung des R.A.G. ergibt...

Vergleicht man die angeführte Entscheidung des R.A.G. vom 10. Januar 1925 r. den des R.A.G., dann muß man feststellen, daß das Gericht ohne Laienbeiträge viel sozial verständlichere Auffassungen hatte und auch dementsprechend urteilte. Oder sollte dieser Wandel den politischen Wirtwart widerspiegeln?

Eine große Gefahr bildet die Rechtsprechung für das Tarifvertragsrecht.

Es werden statt der kollektivistischen Grundsätze bürgerliche Rechtsanschauungen überhöht und durch den Mißbrauch des Begriffes Treu und Glauben Urteile konstruiert, die es der Arbeiterschaft unmöglich machen, ihre gewerkschaftlichen Rechte frei und ungehindert vertreten zu können. Zum Beweis sei auf die Entscheidung des R.A.G. vom 19. März 1930 (R.A.G. 497/29 - Wensh. Samml., Bd. 9, S. 254) hingewiesen. In den Gründen wird angeführt:

Auch Tarifverträge werden von den Grundsätzen von Treu und Glauben beherrscht, so daß aus dem Abschluß die Pflicht erwächst, eine grundlose Störung des Wirtschaftsfriedens zu unterlassen.

Auch da, wo eine tarifliche Regelung nicht besteht, nur dann Kampfmaßnahmen zu veranlassen und zu unterstützen, wenn damit ein wirtschaftliches Ziel verfolgt wird oder sonst eine begründete Veranlassung dazu vorliegt...

Die Verletzung der Friedenspflicht wurde angenommen, weil die Metallarbeiter sich gegen Versuche mit dem Bedäntzsystem wendeten. Hierzu eine Anmerkung R i p p e r d e n s :

Im ganzen ist die Entscheidung bedenklich, wobei namentlich darauf hingewiesen werden muß, daß der vom R.A.G. beschriebene Weg letzten Endes eine Verschiebung der Haftung für Kampfmaßnahmen von dem Gebiete der unerlaubten Handlung (namentlich § 826 B.G.B.) in das des Vertrages (mit der strengen Haftung nach Paragraphen 276, 278 B.G.B.) bedeutet, und daß die Entscheidung geeignet ist, die Unpöcherheit der Rechtsprechung auf arbeitsrechtlichem Gebiet auf einen Gegenstand zu erstrecken, auf dem bisher weitgehende Klarheit bestanden hat. Das ist gewiß nicht erfreulich...

Für die Gewerkschaften ist das sogar sehr gefährlich. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten werden durch die Rechtsprechung des R.A.G. in ihren Rechten geschmälert. So nahm das R.A.G. unterm 20. Dezember 1930 (R.A.G. 539/30 - Wensh. Samml., Bd. 11, S. 121) zu der Frage Stellung: „Kann dem Angestellten das Gehalt gemindert werden bei Kurzarbeit?“ Wenn man beachtet, daß die Angestellten Monatsgehälter haben, dann ist es höchst wunderbar, wenn das R.A.G. die Gehaltskürzung gutheißt. P o f f h o f f sagt im „Arbeitsrecht“ Nr. 3/1931 hierzu folgendes:

Das Urteil des R.A.G. bedeutet einen Sieg des Einzelvertrages über den Gesamtvertrag, also einen Rückschritt vom kollektiven zum individualistischen Recht und einen Angriff auf das Tarifrecht überhaupt...

Frauenfragen.

Gedanken einer Proletariermutter.

Es ist ein Sonntagmorgens; ich sitze während einer Ruhepause am Fenster. Heller Sonnenschein flutet herein. Vom Hofe herauf schallt das lustige Spiel der Kinder. Sie spielen und scherzen so munter und froh, freuen sich ihrer Jugend und sind zufrieden und glücklich dabei. O, du liebe sorglose Jugend! Fast möchte man die Kinder um dieses sorglose Spiel beneiden. Aber ich möchte hier den Spruch anführen: „Lasset die Kinder im jugendlichen Spielen, ehe sie den Ernst des Lebens fühlen!“ Wie bald wird auch unsere Jugend den Ernst des Lebens zu spüren bekommen. Wenn sie der Schule entwachsen ist und gleich ihren trohen Gespielen eingepaßt wird in das gleiche Joch der Millionen Arbeitsschwermere und Arbeitsbrüder. Des sie dann den gleichen schweren Daseinskampf kämpfen muß wie wir. Hast du, Proletariermutter, schon daran gedacht, daß auf unseren Kindern das gleiche Elend laßen wird, wie es auf uns lastet? Hast du, Proletariermutter, schon daran gedacht, deine Kinder zu tüchtigen Gewerkschaftlern zu erziehen? Hast du das Samenkor, aus dem der große Gedanke der Solidarität und der Liebe zur darbenenden Menschheit wächst, in die Seele deines Kindes gelegt? Daß es dann, wenn es einmarmberzig dem Kapitalismus als Ausbeutungsobjekt dienen muß, fest wie ein harter Fels im Meer zur freien Gewerkschaft und zur sozialistischen Partei steht? Um dieses Ausbeutungsobjekt mit aller Kraft, vereint mit allen Arbeitsschwermere und Arbeitsbrüder, niederzukämpfen! Proletariermutter aller Welt, hier liegt die große Aufgabe und Verantwortung unserer Jugend gegenüber. Wir wollen als Schwermere des Lebens aus dieser Verantwortung bewußt sein. Wir wollen keine gedankenlosen Geburtsmaschinen sein, wie sie dem Kapitalismus so angeschmiedet sind. Nein, wir wollen, wir müssen Mütter sein, die sich mit verantwortungsbewußter Mutterliebe für die Zukunft ihrer Kinder einsetzen. Dann wird auch für uns Proletariermütter die Zeit kommen, wo wir mit stolzer Bewußtheit auf das bessere Erziehungsergebnis blicken können.

Maria Glöckner

Jugendbewegung.

Das Freizeitproblem der Jugend.

Lebendige Freizeitgestaltung.

So sehr wir heute auch noch mit dem Kampf um Jugendrecht und Jugendbeschäftigung beschäftigt sind, so wichtig ist bereits die gute Fundierung der Freizeitgestaltung. Wir kennen sehr wohl die Redensarten der bürgerlichen Lebenswelt, wonach der Proletarier doch nicht weiß, was er mit der vielen Zeit beginnen sollte. Er werde nur die Rezipen und Tanzsäle füllen; die Jugend würde nur Lust anstellen und sich an der Benutzbarkeit der Öffentlichkeit durch böse Streiche erfreuen und dergleichen mehr. (Etwas so wie ein großer Teil der bürgerlichen Jugend auf den Hochschulen? Die Red.) Jedem redet man dann etwas von Juch und Cäse, die untergraben würden...

von Arbeitsucht und militärischer Disziplin zur Gesunderhaltung des Volkes um. Wir kennen die reaktionären Ströme, die Wirtschaft, Politik und soziale Errungenschaften auf wilhelminische Zeitalter zurückdegradieren möchten. Demgegenüber gilt es festzustellen, daß es sich hierbei nur um weitenferne - allerdings gefährliche - und wirklichkeitsfremde Annahmen handelt, die im modernen Jugendleben keinerlei Rückhalt finden.

Auch in der heutigen Jugend lebt ein starkes Verantwortungsgefühl für sich und für die menschliche Gemeinschaft. Es wird nur zu oft durch falsche Erziehungsgrundsätze unterdrückt oder in schiefe Bahnen gelenkt. Wirkliches Verantwortungsgefühl, bewußt gesteigert mit dem klaren Sinn, sich und der Gesamtheit zugleich zu dienen, dürfte gute Erfolge zeitigen. In manchen Organisationen, nicht nur der sozialistischen Jugend, liegen sie bereits vor. Manchmal fehlt es nur an der soziologischen Erkenntnis der Gebundenheit, an den Klassenkräften der Gesellschaft und an den politischen Schlussfolgerungen. Zur Vorbereitung dieser Entwicklung ist die unbedingte Förderung der modernen Jugendbewegung...

Kapitalistengehilfe KPD.

Die „Rote Sturmflut“ ist seit dem Verbot der „Roten Fahne“ das offizielle Organ der KPD. In der Nummer der „Roten Sturmflut“ vom 4. August ist ein Beschluß des Z. iralkomitees der KPD. veröffentlicht, der die Zerstückelung der Gewerkschaften fordert. Es heißt unter anderem:

„Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen faktkräftig unterstützt und zum Abtritt in die R.G.O., zur betriebsweisen Erweiterung und Neugründung von R.G.O.-Gruppen gesteigert werden.“ Glückliche Unternehmer! Die KPD. arbeitet ja nur für euch! Deshalb sind die KPD.isten mit den Feinden der Arbeiterklasse auch zum Volkssentscheid gegen die Arbeiterschaft gegangen.

wichtig, denn die Gruppengemeinschaft bildet das beste Fundament zur gesunden Freizeitgestaltung. Hier sind dem Verantwortungsgefühl und der Selbstbefähigung freie Bahnen zu eröffnen. Immer dort, wo der Jugendliche sich einen Teil seines Daseins selbst gestalten kann, wird er sich wirklich wohlfühlen, und damit zu einem wertvollen Glied der menschlichen Gesellschaft heranwachsen. Es können so selbstschöpferische Kräfte herausgeholt werden, die sonst vielleicht nie entdeckt worden wären. Und Verantwortungsgefühl und Selbstbefähigung sind Grundbedingungen der modernen Pädagogik, die man nicht mehr entbehren kann. Um sie zu hegen und zu pflegen, ist natürlich eine gewisse Freizügigkeit und Selbstbestimmung unbedingt erforderlich. Der Ältere ist nur Kamerad und Berater, nicht Diktator.

Dann beginnt die praktische Arbeit im Jugendkreise. Dort ist vorerst die Förderung des Erlebnisses auf die mannigfaltigste Art wichtig. Wanderungen, Reisen, Zeltfahrten, Körperkultur, Spiel und Sport sind dabei wichtige Faktoren, deren Lebendigerhaltung man nicht vergessen darf. Es gilt doch vor allem, den abgeschlossenen Charakter des einzelnen aufzulockern und ihn für die Gemeinschaft bereitzumachen. Dazu ist eben die gute Gestaltung des Wochenendes auf der genannten Basis wesentlich. Und mit dabei ist eine Anleitung in dem Sinne zu geben, der Jugendliche möge zeigen, daß er auf jedem Falle besser ist, als es die Spießer wahrhaben wollen. In dieser Weise ein gesundes Ehrgefühl herausgebildet, gehört mit zum besten Charakterfundus. Und die bürgerliche Welt ist ad absurdum geführt. Dazu ist der Jugendliche nur gar zu gern bereit.

Aufbauend auf diese Dinge beginnt die vertiefende geistige Arbeit. Beobachtungen sind draußen in Menge anzustellen. Es gibt bald etwas zum Diskutieren. Wer möchte in einer zwanglosen Gestaltung, in der der Führer seine Überlegenheit nicht merken läßt, nicht mitmachen? Bald wird das Wochenende nicht mehr nur dem Zweck der Erholung, des Spiels und des Sports zu dienen brauchen, sondern es kann auch mal ein Wochenendkursus mit ernster geistiger Arbeit eingefügt werden. Diese Arbeit wird dann zu einer Art Aufklärungsdienst an der Jugend. Und eine wissenschaftliche Fundierung ihrer Erkenntnis, ihrer Weltanschauung ist schon vom frühen Jugendalter an wichtig. Zur aktiveren Eingliederung in die praktische Arbeit dienen dann weitere Kurse. Als sehr wertvoll haben sich auch die Jugend-Freizeiten herausgestellt, die eine Kursarbeit von acht, zehn und vierzehn Tagen umfassen und nicht nur geistige Vertiefung und Konzentration, sondern auch Verlebendigung des Erlebnisses durch Wanderungen, Körperkultur und Veranstaltungen erzielen. Selbständiger Aufbau von künstlerischen Veranstaltungen und Laienspiele werden dabei ebenfalls zu wertvollen Bildungsmitteln. Für solche Freizeitgestaltung müssen immer wieder von allen Verbänden Mittel bereitgestellt werden. Auch ist in diesem Zusammenhang und auf dieser Basis die Erwerbslosenarbeit in der Jugend zu erwähnen. In jeder Hinsicht kann solche Tätigkeit nur der Erziehung des sozialistischen Menschen und dem Aufbau einer sozialistischen Kultur in der Aktivierung der Jugend förderlich sein.

Adolf Lau (Berlin).

Das erste Jugendtreffen im Gau Hannover.

Mehr als ein halbes Tausend jugendlicher Mitglieder, Jungen und Mädchen, waren am 22. und 23. August in Detmold, der wunderschönen Stadt, zu ihrem ersten Jugendtreffen. Freich und froh und mit einem Selbstbewußtsein, das der Erziehungsbewußt der Arbeiterbewegung alle Ehre macht, trafen sie an und jagen unter den Klängen proletarischer Kampfeslieder am Sonntagabend in Detmold ein.

Am Abend bei der Begrüßungsfeier war der große Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt. Gauleiter Scheinhardt begrüßte die Fabrikarbeiter-Jugend des Gau's Hannover auf ihrem ersten Treffen. Leider hat die Not der Zeit, haben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit viele jugendliche Mitglieder verhindert, an diesem Fest teilzunehmen, gegeben von einer und für eine Jugend, deren Leben von den Arbeitslosen und der harten Arbeitslosigkeit der...

modernen Industrie geformt wird. Aber diese Jugend verleihe die Sprache der Maschinen, ihre junge Kraft, zusammengesetzt im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands, werde mitwirken, die Zukunft in ihrem Sinne zu gestalten.

Dann kam die Jugend zum Wort. Sie gestaltete selbst das Fest, sie brachte ihre Gaben dar, ihr Können, ihre Armut, ihren Trost. Die Jugendgruppen aus Hannover und Detmold sprachen Gedichte von Dorn und anderen Dichtern mit Schwung und tiefer Empfindung. Sprechchöre von Fürstberg a. d. W. und Hannover gaben ihr Bestes. Der Sprecher der hannoverschen Fabrikarbeiter-Jugend sprach das Treuegelöbnis der Gewerkschaftsjugend sehr eindrucksvoll. Stürmischer Beifall erglänzte allen Mitwirkenden.

Verbandsvorsitzender Karl überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und der 21 000 im Fabrikarbeiterverband organisierten Jugendlichen. Die Fabrikarbeiter-Jugend sei nicht nach Detmold gekommen, um sich an jenen historischen Erinnerungen zu erfreuen, die mit dem Teutoburger Wald verknüpft sind. Der Zweck des Jugendtreffens sei auch nicht Zerstreung, sondern die Stärkung der gewerkschaftlichen Solidarität und des Bedankens proletarischer Gemeinschaft. Die gewerkschaftliche Jugendbewegung will die arbeitende Jugend in die Ideenwelt der modernen Arbeiterbewegung und des Sozialismus einführen. Keine Zeitperiode der Vergangenheit habe einen besseren Beweis für die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Umgestaltung gebracht als die gegenwärtige, in der viele Millionen Menschen Mangel leiden, obgleich ein ungeheurer Überfluß an Gütern aller Art vorhanden ist. Unser Jugendtreffen soll den Willen stärken, diesen Zustand zu ändern.

Der Höhepunkt der Begrüßungsfeier und des Jugendtreffens bildete die Aufführung des Jugendfilms des Fabrikarbeiterverbandes „Freundschaft“. Der Film wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. (Eine nähere Beschreibung des Films erfolgt in der nächsten Nummer des „Proletariats“.)

Der Sonntag brachte eine schöne Wanderung, begünstigt vom schönsten Wetter, durch den Teutoburger Wald nach dem Hermannsdenkmal und den Ertmssteinen. Beim Mittagsmahl, das die frohe Schar gemeinsam einnahm, sprach Verbandsvorsitzender Thiemig seine Freude darüber aus, diesem Jugendtreffen beiwohnen zu können. Es sei nicht nur ein Fest der Gemeinschaft und der Verbundenheit, es sei auch ein sehr gelungener erfolgreicher Werbetag für den Verband. Er freue sich insbesondere, eine Anzahl junger Kollegen und Kolleginnen hier zu sehen, die er in Weninggen in der Schule des Fabrikarbeiterverbandes kennengelernt habe. Diese Jugend, strebsam und voll Bildungseifer, getragen von der sozialistischen Idee, werde das große Werk der freien Gewerkschaftsbewegung weiterführen und ihrem Ziel, für alle Menschen Glück und Wohlergehen zu schaffen, näherbringen. Dazu gehöre vor allem die Treue zur Organisation, das Vertrauen zwischen Mitgliedern und Leitung, zwischen Jugend und Älter. Begeistert stimmte die Jugend in das von Thiemig ausgebrachte Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und die internationale Arbeiterbewegung ein.

Am Ende dieses fröhlichen Wandertages sprach Kollege Lamprecht (Gifhorn) der Verbandsleitung, insbesondere dem Kollegen Scheinhardt, für die umsichtige Leitung des Treffens und den vielen Kollegen und Kolleginnen, die mitgeholfen, diesen schönen Tag gekrönt. Beim nächsten Treffen der Fabrikarbeiter-Jugend des Gau's Hannover werde sie noch zahlreicher erscheinen. Gauleiter Scheinhardt dankte in seinem Abschiedswort im Namen des Fabrikarbeiterverbandes und der Fabrikarbeiter-Jugend den Detmolder Kollegen und Genossen für ihre Gastfreundschaft. Der gemeinsame Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ ließ die Herzen aller Teilnehmer noch einmal zukunftsfröhlich und begeistert aufschlagen. Alle Teilnehmer hatten das Empfinden, etwas Schönes erlebt zu haben, und das Schönste war die Gewißheit der engen Verbundenheit der Fabrikarbeiter-Jugend mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands.

G. R.

Blankenberg a. d. Saale. Eine Jugendwanderung. Die Jugendgruppe des Fabrikarbeiterverbandes unternahm am Sonntag, dem 16. August, eine Wanderfahrt nach Probstzella und nach Burg Lauenstein. Bis nach Probstzella wurde mit der Eisenbahn gefahren und dort das geräumige „Haus des Volkes“ mit seinen Anlagen und Einrichtungen besichtigt. So etwas hatten unsere Jugendlichen noch nicht gesehen. Nach kurzem, aber angenehmem Aufenthalt ging es auf Schusters Rappen das schöne Lößwäldchen hinauf nach Lauenstein; unterwegs von manchem Trupp Gleichgesinnter mit „Frei Heil!“ und „Freundschaft!“ begrüßt. Der Berg zur Burg Lauenstein war schnell erklimmt. Die Besichtigung der Burg im Innern führte zurück bis ins Jahr 900. Nach kurzer Rast im Orte Lauenstein ging es wieder mit fröhlichem Gesang zu Fuß nach Probstzella. Ein Regenschauer konnte die gute Stimmung nicht verderben. Und nun noch einmal ins „Haus des Volkes“, bis der Zug zur Abfahrt kam. Dieser Tag war für unsere Jugendlichen eine andere Welt, ein anderes Leben als das des Alltags in der Fabrik oder in der Werkstatt. Der Jugendleiter soll recht bald wieder eine solche Fahrt arrangieren, das war der Wunsch aller. Man kann mit wenig Geld solche gemessene Stunden erleben. Deshalb, ihr Jugendlichen allerorts, werbt weite: für unsere Ziele trotz der Krise! Werbt für den Verband!

R. Sch.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 14.

In der alten schönen Industriestadt Düren waren am 16. und 17. August 47 Delegierte des Gau's 14 zusammengetreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Thiemig anwesend. Verbunden mit der Tagung war eine Ausstellung über erfolgreiche Werbearbeit für den Verband. Die Tagesordnung lautete:

- 1. Bericht der Gauleitung.
2. Unsere Ausstellung, verbunden mit Demonstrationsvortrag.
3. Der Verbandstag in München.
4. Beratung der eingegangenen Anträge.
5. Wahlen.

Den Gauvorstandsbericht erstattete Kollege Wirth. Er führte etwa aus:

Wir tagen in einer außerst bewegten Zeit. Schon im Jahre 1928 legte die Krise ein, die sich bis zum Schlusse des Jahres 1930 zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelt hat. Die Krise hat ihre Ursache im verlorenen Kriege, in der Umstellung der Wirtschaft, im Verlust von Absatzgebieten, in der sprunghaften Entwicklung der Technik, im Kapitalmangel und in der Abführung von Reparationen. Betriebsstilllegungen, Kurzarbeit, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend kennzeichnen die Lage. Wir vertreten den Gedanken der Plankwirtschaft, die mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Die Krise hat von unseren Kollegen schwere Opfer gefordert und die Arbeiten unserer Organisation beeinträchtigt. In der Berichtszeit wurden im Gau 138 Betriebe stillgelegt und dadurch 8630 Arbeiter entlassen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist dauernd gestiegen. 70 Prozent der Mitglieder der Zahlstelle Köln haben teilweise verkürzt gearbeitet. 1930 wurden wir in die Verteidigung gedrängt. Trotzdem können wir uns mit unseren Erfolgen freuen lassen. In der Glasindustrie ist es uns gelungen, überall die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Wir haben keinen Industriestreit ohne Rahmen- und Lohnarbeitsvertrag. Der fast überall eingetretene Lohnabbau hat sich als wirtschaftlich-schädlich erwiesen. Die Kaufkraft ist weiter gefallen, die Arbeitslosigkeit ist dadurch größer geworden. Trotz der Wirtschaftskrise hat sich gegenüber dem Jahre 1927 die Mitgliederzahl in der Berichtszeit um 800 erhöht. Die Zahlstelle Köln hat noch keinen Mitgliedererlust erlitten. Der Markenerwerb betrug in der Berichtszeit...

2 177 892 Stück. Die Gesamtannahmen 1 806 127,51 Mark. In Unterführungen wurden verausgabt 428 482,36 Mark. In die Hauptkasse wurden gesandt 761 943,51 Mark.

Auch die Jugendbewegung hat Fortschritte gemacht. Jugendgruppen bestehen in Bonn, Köln und Leverkusen. Frauenagitationskommissionen in Köln. Die Agitation ist in der Vorzeit lebhaft betrieben worden. Filmvorführungen, Lichtbildvorträge, Frauenabende mit Vesperung und durch Hausagitation ist versucht worden, dem Verbände neue Mitglieder zuzuführen. Es muß besonders in der Zukunft die Agitation stärker betrieben werden. Unsere Ausstellung soll Anregungen geben, die Agitation erneut zu beleben.

In der Diskussions beteiligten sich die Kollegen Gillon, Auweiler, Brenner, Herwig, Müller, Thiemig und Wagner.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Bildungssekretär Schack (Köln) einen ausgezeichneten Vortrag über die neuzeitlichen Werbemittel in der Arbeiterbewegung, der am Schlusse seines Referats durch Lichtbilder ergänzt wurde.

Den Bericht vom Verbandstag in München erstattete der Kollege Wagner. Die Steigerung der Mehrausgaben an Unterführungen aller Art hat den Verbandstag veranlaßt, Sparmaßnahmen zu beschließen, die sich auf die Erwerblosenunterstützung und mit geringen Änderungen auf die Streik- und Invalidenunterstützung beziehen. Diese Beschlüsse sollen nur für die gegenwärtige Krisenzeit Geltung haben. In den unteren Unterführungsklassen ist die Bezugsdauer von 30 Tage auf 42 Tage nach einjähriger Mitgliedschaft erhöht worden, so daß ein Ausgleich geschaffen worden ist. Der Bericht und die gefaßten Beschlüsse fanden die einstimmige Zustimmung der Konferenz.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung, Beratung der eingegangenen Anträge, wurde ein Antrag des Gauvorstandes angenommen, die Verschmelzungsarbeiten der Zahlstelle Wendorf und Hirschheim mit Reuwind in die Wege zu leiten. Ein Antrag der Zahlstelle Leverkusen, im Jahre 1932 in Bonn ein Jugendtreffen abzuhalten, wurde dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

In den Verbandsbeiträgen wurden gewählt: Kollege Herwig als Vertreter und als Ersatzmann Kollege Wagner. In die Gehaltskommission wurde gewählt: Kollege Herwig.

Am Abend des 16. August hatte die Zahlstelle Wären zu einem Unterhaltungsabend eingeladen, verbunden mit der Ehrung des in den Ruhestand getretenen Angestellten Kollegen Eichelmanns. Die vorzügliche Darbietung aller Vorführungen, die herzlichen Abschiedsworte des Verbandsvorstandes Kollegen Thiemig und der Kollegen Offermanns, Kubert und Wirth waren für die Belegten ein Erlebnis und ein genußreicher Abend auch für die Gäste und Mitglieder der Zahlstelle, die sich sehr zahlreich eingefunden hatten. Die nächste Gaukonferenz findet in Köln statt. Schriftführer: P. Herwig.

Papier-Industrie

Die 40-Stunden-Woche in der Papierindustrie.

II.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie hat die folgende Erklärung zum Bamberger Protokoll - wie daselbst vermerkt - erst nachträglich formuliert abgegeben. Beide Erklärungen - der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber - wurden durch ein gemeinsames Schreiben aller Tarifkontrahenten, das am 19. August unterzeichnet wurde, dem Reichsarbeitsministerium als Stellungnahme der Tarifparteien zur Kurzarbeitswoche überreicht, das nun auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung die Entscheidung zu fällen haben wird, ob durch gesetzlichen Verordnungsakt die Kurzarbeitswoche in der deutschen Papiererzeugungsindustrie zur Einführung gelangen soll.

Abschrift.

Erklärung der Arbeitgeber zur Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Papiererzeugungsindustrie.

I.

Der Schwerpunkt des Problems, durch Arbeitszeitverkürzung zur Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen, liegt nach Auffassung der Arbeitgeber auf wirtschaftlichem Gebiet. Jede Maßnahme, die zu einer Verfeuerung der Produktion führt, ist für die Betriebe nicht tragbar, schon deshalb nicht, weil ein bedeutender Teil unserer Produktion ausgeführt werden muß und damit den stark gedrückten Weltmarktpreisen unterliegt. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden unter entsprechender Mehreinstellung von Arbeitskräften, würde aber zu einer Verfeuerung der Produktion führen durch erhöhte Soziallasten, erhöhte Umlaufausgaben, infolge Vermehrung des Aufsichtspersonals, durch Verstärkung der Lohnbüros, durch Erhöhung der Zahl der zu beschäftigenden Schmelzbeschäftigten, durch Vermehrung der Fälle des Kündigungsschutzes nach § 84 Ziff. 4 WRG. usw. usw. Darüber hinaus verlangen aber die Arbeitnehmer sogar noch Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit, der eine derartige Verfeuerung der Produktion mit sich bringen würde, daß die Ausführbarkeit noch stärker gedrosselt, wenn nicht gänzlich unterbunden werden würde. Die Folge davon wäre die Notwendigkeit, die Produktion einzuschränken, also das gerade Gegenteil von dem, was angestrebt wird; außerdem würde der Inlandsabsatz wegen der notwendig werdenden weiteren Preis-erhöhung noch stärker ins Stocken geraten und damit wiederum auf eine weitere Einschränkung der Produktion hingearbeitet werden. Schon diese rein wirtschaftlichen Erwägungen müssen zu einer Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung führen.

Aber auch in technischer Hinsicht begegnet eine Arbeitszeitverkürzung der gedachten Art großen Schwierigkeiten. Das grundlegende Merkmal für die Betriebsweise in der Papiererzeugungsindustrie ist der durchlaufende Produktionsprozeß. Eine Verkürzung der Arbeitszeit könnte in den durchlaufenden Abteilungen, in denen etwa 50 Prozent der Belegschaft beschäftigt sind, nur durch Übergang zum Vierstichtensystem vor sich gehen. Die Beschaffung des hierzu erforderlichen Facharbeiterpersonals würde auf große Schwierigkeiten stoßen und vor allem würde seine Unterbringung bei der überwiegend ländlichen Lage der Betriebe angesichts des heutigen Kapitalmangels nahezu unlosbar sein. Es käme hinzu, daß die vierstichtige Arbeitsweise nur eine 36stündige Arbeitszeit in der Woche ergeben würde, während nach der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten die unterste Grenze der Arbeitszeitverkürzung bei 40 Stunden liegt; die Arbeiterschaft würde also bei dieser Lösung eine Lohnverminderung um 25 Prozent erfahren. Endlich darf aber auch nicht übersehen werden, daß angesichts der Arbeitsmarktlage die Einführung des Vierstichtensystems nicht nur vorübergehenden Charakter haben würde. Auf lange Sicht gesehen, müßte also mit einem verstärkten Druck der Arbeiterschaft auf Ausgleich des Verdienstausfalles gerechnet werden. Lohnserhöhungen müßten aber weitere Rationalisierungsmaßnahmen auslösen. Die Folge wäre das Verschwinden der mittleren Betriebe und die Zusammenballung der Produktion auf einige wenige Großbetriebe. Das Endergebnis ist also auch hier schließlich Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Die Einführung der 40-Stunden-Woche für die Tagsschicht ist für die kleineren Betriebe überhaupt unmöglich, was auch von Arbeitnehmersseite nicht bestritten wird. Auch in größeren Betrieben wäre die Durchführung der 40stündigen Arbeitszeit, verbunden mit entsprechender Mehreinstellung von Arbeitskräften, wesentlich abhängig von den vorhandenen Arbeitsplätzen, den vorhandenen Arbeitsgeräten und Maschinen, von den Ladefähigkeiten, den Zugverbindungen und der Gesamtorganisation des Betriebes über-

haupt, für deren Vorkauf zum erheblichen Teil auch äußere, vom Arbeitgeber unabhängige Einflüsse ausschlaggebend sind. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß das geordnete Nebeneinander-greifen des durchlaufenden Produktionsprozesses und der erforderlichen Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, welche die Tagsschichten zu verrichten haben, sich um so schwieriger gestaltet, je mehr diese Arbeiten auf einen kürzeren Zeitraum zusammengebrängt werden.

Den gleichen Schwierigkeiten würde auch die Einführung des Springerstystems begegnen, ganz abgesehen davon, daß diese Einrichtung nur da Platz greifen könnte, wo für eine bestimmte Arbeitsstelle mindestens fünf Arbeitskräfte benötigt werden. Es bleibt ferner zu bedenken, daß für Stellen, die mit Spezialisten besetzt sind, Springer überhaupt nicht in Frage kommen können, weil es noch keinen Univerjalmenschen gibt, der geeignet wäre, heute diese, morgen jene Spezialtätigkeit auszuüben. Aber auch an Plätzen, an denen wechselnde Verwendungsmöglichkeit noch denkbar wäre, müßte angesichts der ungewohnten Tätigkeit mit einer erheblich höheren Unfallgefahr gerechnet werden. Und endlich darf auch ein wichtiges psychologisches Moment nicht außer acht gelassen werden, nämlich die Unzufriedenheit, die angesichts der durch eine unterschiedliche Arbeitszeitdauer eintretenden unterschiedlichen Verdiensthöhe in die Belegschaft hineingetragen würde. Arbeitsunlust bedeutet aber erfahrungsgemäß für die Betriebe eine Verschlechterung und eine Verfeuerung der Produktion.



Das ist der nationale Mann

der 250 Millionen verpulverte, Zehntausende von Arbeitern um ihre Existenz brachte und märchenhaften Luxus trieb - Gustav Karl Lahusen, bisher Generaldirektor der Nordwolle. In der soeben erschienenen 10-Pfennig-Broschüre „Das Panama der Nordwolle“ werden sensationelle und zum Teil noch völlig unbekannt Tatsachen über diesen größten Schwindel des 20. Jahrhunderts veröffentlicht.

Alles in allem würden hiernach, wenn überhaupt, so nur für eine ganz beschränkte Zahl von Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze gewonnen werden können, so daß schließlich der Erfolg in keinem Verhältnis zu der wirtschaftlichen und technischen Mehrbelastung der Betriebe stehen würde.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß Arbeitszeitverkürzung, ob sie nun auf vertraglichen Vereinbarungen oder auf gesetzlichen Zwangsmaßnahmen beruht, das Problem der Entlastung des Arbeitsmarktes der Lösung nicht näher bringen kann.

II.

In positiver Beziehung erklären die Arbeitgeber, in der Erwägung, daß jeder Betrieb der Allgemeinheit gegenüber moralisch verpflichtet ist, nach seinen Kräften zur Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen, daß sie bereit sind, erneut von Verbands wegen auf ihre Mitgliedsbetriebe dahin einzuwirken,

- a) daß Überstunden, soweit es sich nicht um die Erledigung von Koststandsarbeiten (z. B. Reparaturen) oder um Vertretungsarbeit oder um ähnliche dem Einfluß der Betriebsleitung entzogene Notwendigkeiten (z. B. Erledigung kurzfristiger Abrufe) handelt, unbedingt zu vermeiden sind;
- b) daß bei Betriebseinschränkungen vor der Durchführung von Entlassungen Arbeitsstreckung in den Betrieben durchgeführt wird, wie es von zahlreichen Firmen jetzt schon praktisch gehandhabt wird;
- c) daß überall da, wo im Einzelfalle betrieblich die Möglichkeit zur Mehreinstellung von Arbeitskräften gegeben ist, diese Möglichkeit auch ausgenutzt wird.

Zu dieser Arbeitgebererklärung einige kurze Bemerkungen:

Richtig ist, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auch im Sinne des Arbeitnehmervorschlages mit Lohnausgleich eine Verfeuerung der Produktion durch Erhöhung des Lohnanteiles am Produktionswert bedeuten würde. Ob damit aber die „Ausführbarkeit“ noch stärker gedrosselt, wenn nicht gänzlich unterbunden würde, bedürfte doch noch einer genaueren Nachprüfung. Bekanntlich trifft sich die deutsche Papiererzeugungsindustrie mit Amerika, Kanada und den skandinavischen Staaten als Konkurrentin auf dem Weltmarkt. Aber gerade in diesen Staaten sind nicht nur die Löhne, sondern auch der Lohnanteil am Produktionswert erheblich höher. Während in Deutschland bei voller Ausnutzung der Betriebe der Lohnanteil im Durchschnitt 16 bis 18 Prozent beträgt, weiß die „Papierzeitung“ in ihrer Nr. 56, Jahrgang 1931, zu berichten, daß der amerikanische Lohnanteil etwa 35 Prozent des Wertes ausmacht.

Die Bedenken, die die Arbeitgebererklärung wegen der Beschaffung des erforderlichen Facharbeiterpersonals hervorhebt, sind im großen und ganzen zu überwinden. In den meisten Betrieben kann das Facharbeiterpersonal aus dem vorhandenen Gehilfenstande genommen werden. Der Ersatz für diese läßt sich ebenfalls zum Teil im Betriebe selbst und zum Teil durch Einstellung ungelerner Arbeitskräfte in einigen Monaten heranzubilden. Dieser Weg müßte und würde auch mit Erfolg beschritten bei der Umstellung vom Zwei- zum Dreistichtensystem im Jahre 1919. Daraus ergibt sich wiederum, daß die Unterbringungsbedingungen ebenfalls nicht un-

überwindbar sind, weil wahrscheinlich nur in ganz wenigen Fällen auswärtige Facharbeiter herangezogen werden müßten; für diese aber käme nur die Wohnungsbeschaffung im allgemeinen in Frage.

Richtig ist, daß ohne Lohnausgleich die Arbeiterschaft einen Lohnausfall von 25 Prozent erleiden würde und daß dieser auf die Dauer nicht getragen werden kann. Damit aber geben die Arbeitgeber auch zu, daß die heutigen Papierarbeiterlöhne selbst bei Vollarbeit an der Grenze der Existenzmöglichkeit liegen.

Das Vierstichtensystem ist technisch auch für den kleinsten Betrieb möglich. Im allgemeinen dürfte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in diesen Betrieben auch für die Tagsschichtarbeit die 40-Stunden-Woche mit Springerstystem durchzuführen sein. Dazu ist die Anschaffung neuer Arbeitsgeräte und Maschinen nicht notwendig. Schwierigkeiten entstehen zweifellos bei den Handwerkergruppen in den kleineren und vielleicht auch mittleren Betrieben. Für diese dürfte die 40-Stunden-Woche nicht streng durchführbar sein.

Die in der Arbeitgebererklärung angeführten Schwierigkeiten mit den Zugverbindungen können bei gutem Willen und mit Hilfe der Verkehrsinstitute, wie Reichsbahn, Reichspost und private Verkehrsgesellschaften, durch Einstellung von Arbeiterzügen überwunden werden.

Bestimmt ist die Behauptung nicht haltbar, daß „alles in allem nur für eine ganz beschränkte Zahl von Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze gewonnen werden können“. Durch die Einführung des Vierstichtensystems würden annähernd 15 000 Arbeitskräfte neu untergebracht werden können. Auch durch die Einführung der 40-Stunden-Woche für Tagsschichtbetriebe würden auch heute noch einige tausend Arbeitnehmer Unterkunft finden, so daß immerhin eine Luffangungsmöglichkeit von fast 20 000 Arbeitnehmern besteht.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Schwierigkeit, die Arbeitszeit im Sinne des Arbeitnehmervorschlages zu verkürzen, nicht an der technischen Unmöglichkeit, sondern an der Frage des Lohnausgleiches scheitert.

O. Stühler.

Betriebsstilllegungen im Waldhofkonzern.

Der Waldhofkonzern hat bei den zuständigen Behörden die Stilllegung folgender Konzernwerke beantragt:

- 1. Zellstilllegung der Zellstofffabrik Tilsit vom 1. September 1931 an,
- 2. Stilllegung der Zellstofffabrik Ragnit vom 19. September 1931 an,
- 3. Stilllegung der Simoniuschen Zellstofffabriken in Wangen im Allgäu vom 18. September 1931 an,
- 4. Kehlheim vom 15. September 1931 an.

Dadurch werden rückwärts auf die Straße geworfen:

in Tilsit	rund 500 Arbeitnehmer,
in Ragnit	rund 800 Arbeitnehmer,
in Wangen	rund 150 Arbeitnehmer,
in Kehlheim	rund 400 Arbeitnehmer.

Insgesamt rund 1850 Arbeitnehmer.

Nach 29jähriger Tätigkeit von der Firma Ph. Schnell, Buntpapierfabrik in Kassel, auf die Straße gesetzt.

Tragödien sind vor dem Arbeitsgericht in Kassel keine Seltenheit. Da klagte ein 54jähriger Kollege, Vater von 7 Kindern, wovon eins noch schulpflichtig ist und drei arbeitslos sind. Bei der Beklagten war er seit 1902 als Färber beschäftigt. Wie die Beklagte selbst zugibt, hatte sie bis zu einer bestimmten Zeit gegen seine Leistungen nichts einzuwenden, sonst hätte sie ihn ja auch schließlich nicht 29 Jahre im Betrieb gebildet. Gekündigt bzw. entlassen habe sie ihn, weil sie mit seinen Leistungen nicht mehr zufrieden gewesen sei, was nach 29jähriger Tätigkeit mehr als komisch klingt. Es ist selbstverständlich, daß sich der Kläger das nicht gefallen ließ, um so weniger, da betrieblich-ökonomische Gründe diese Maßnahme nicht erforderten. Jedenfalls legte er beim Betriebsrat Einspruch ein, und dieser verhandelte, da er den Einspruch für begründet erachtete, mit der Beklagten über die Zurücknahme der Kündigung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, und so kam die Sache vor das Arbeitsgericht. Es handelte sich um eine Einspruchsklage, denn der Kläger bzw. die Belegschaft erblickten in der Kündigung eine unbillige Härte. Der Klageantrag lautete auf Wiedereinstellung oder Zahlung einer dem Gesetze entsprechenden Entschädigung.

Wie viele Unternehmer, so hat auch die Beklagte stark rationalisiert. Während vor noch nicht allzu langer Zeit jede Färbmaschine von einem Färber und einem Hilfsarbeiter bedient wurde, steht gegenwärtig für je zwei Maschinen ein Hilfsarbeiter zur Verfügung. Die Folge davon ist, daß an den Färber heute bedeutend höhere Anforderungen gestellt werden als früher. Dazu kommt die Erhöhung des Leistungsmaßes von 8000 auf 12 000 Meter. Viele Auswüchse bezeichnete der Prozeßbevollmächtigte, Kollege Schneider von unserem Verband, als übertriebene Rationalisierung. Schuld an dem dem Kläger unterlaufenen Fehlern, sagte Schneider, seien eben die betrieblichen Verhältnisse der Beklagten. Die Maschine, an der der Kläger arbeiten mußte, sei älteren Systems, und dazu käme, daß die Walzen nicht mehr in Ordnung gewesen seien. Deshalb hätte es auch ein Kollege abgesehen, an der Maschine zu arbeiten, weil er befürchtete, daß ihm daselbst Schicksal blühe wie dem Kläger. Im übrigen sei nicht nur der Kläger, sondern auch der Betriebsleiter und der Werkmeister schuld, denn sie wären verpflichtet gewesen, den Arbeitsvorgang mit zu beobachten. Außerdem seien schon fast alle Färber gefadelt worden. Aberhaupt findet Schneider es komisch, daß die Beklagte den Kläger erst nach 29jähriger Tätigkeit als flüchtigen Arbeiter kennengelernt habe. In der Entlassung liege eben eine unbillige Härte. Durchsichtig sei übrigens eine Äußerung der Beklagten, wonach sie nochmals über die Weiterbeschäftigung hätte mit sich reden lassen, wenn der Kläger den Einspruch beim Betriebsrat unterlassen hätte. Die Beklagte gab auch zu, die Entlassung nicht aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Betriebes, sondern lediglich wegen der angeblich nicht genügenden Leistungen vorgenommen zu haben.

In der Beweisaufnahme wurden die Angaben Schneiders bestätigt. Auch wurde zugegeben, daß gegenwärtig auf der Maschine des Klägers nur noch einfache Arbeiten verrichtet würden. Gegen die früheren Leistungen des Klägers hatten der Betriebsleiter sowie der Werkmeister nichts einzuwenden. Nur in der letzten Zeit hätte er wiederholt gefadelt werden müssen. Schließlich wurde vom Werkmeister auch zugegeben, daß an der fraglichen Maschine schwer zu arbeiten sei.

Alle Bemühungen des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Grebe, die Beklagte zur Wiedereinstellung des Klägers zu bewegen, waren vergeblich. Der Unternehmer selbst antwortete ihm vielmehr: „Wir können keine Rücksicht mehr auf die sozialen Verhältnisse der Arbeiter nehmen.“ (Sört, hört, ihr Gelben!)

Das Arbeitsgericht wies die Klage kostenpflichtig ab. Der Streitwert wurde auf 1040 Mk. festgelegt. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Beweisaufnahme er-

weisen sei, daß der Kläger ein tüchtiger Färber sei, aber eben-
wäre erwiesen, daß er an den Fehlern schuld sei. Eine unbillige
Sätze läge daher nicht vor.

Unser Kollege kann nun sehen, wie er fertig wird, denn kein
Mensch glaubt daran, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen
in absehbarer Zeit eine andere Stelle bekommt. Die Hauptfrage
für den Arbeitgeber ist, daß der Profit nicht gefährdet wird. Was
aus einem alten Arbeiter wird, der 29 Jahre für ihn die Knochen zu
Markte getragen hat, ist ihm gleichgültig.

Verschiedene Industrien

Die Heimarbeit in Deutschland.

II.

Schlesien ist bekannt als der typische Heimarbeit-
bezirk der Weber, deren Begleiter Rot und Elend waren.
Nach Robert Millbrandt schreibt schon im 17. Jahrhundert
J. J. Wecker, es sei beklagenswert, zu sehen, wie der Schlesier
bei Wasser und Brot für den reichen Augsburger, Ulmer und
Holländer spinnst, der daraus den größten Gewinn hat. Aus
den Jahren 1770 bis 1772 wird berichtet, daß die Rot im
Gebirge bei den schlesischen Webern unbeschreiblich groß sei,
und 1793 bis 1794 hat entsetzliche Hungersnot geherrscht. Die
Rot hörte auch Anfang des 19. Jahrhunderts nicht auf, so daß
1807 Geld und Brot verteilt werden mußten. In den zwanzig-
er und dreißiger Jahren stieg das Weberelend auf seinen
Höhepunkt. Nervenleiden, Hungertypus wurden die äußeren
Ausdrücke der Elendskrankheit. In den vierziger Jahren des
19. Jahrhunderts wurden als Wochenverdienste in Schlesien
festgestellt für Weber 10 bis 20, für Flachspinner 5 bis 12
und für Putzspinner 2 bis 5 Silbergroschen. Der Familien-
verdienst war oft täglich 9 bis 13 Pf. Inzwischen haben sich
die Verhältnisse in Schlesien verändert. Auch die Heimarbeit
hat andere Formen angenommen.

Die Berufszählung 1925 hat in Nieder- und Oberschlesien
22 631 berufsausübende Heimarbeiter festgestellt. Die Heim-
arbeiter waren tätig in der Puppen- und Spielwarenindustrie,
in der Woll- und Phantasiwarenbranche, mit Verpacken von
Haarnadeln, mit Herstellung von Tapissierwaren, in der
Handweberei, in der Karneval- und Festartikelindustrie, in
der Taschentuch-, Gardinen- und Spitzenindustrie, mit Bunt-
und Weißstickerei, mit Sortieren von Borsten und ähnlichen
Arbeiten.

Die zuständigen Fachauschüsse haben für die Heimarbeiter
in der Woll- und Phantasiwarenbranche Mindestentgelte
zwischen 22 und 37 Pf. festgesetzt. Auch für „Nähen und
Stopfen von Puppen- und Tierkörpern“ betragen die
Stundenlöhne 22 bis 37 Pf.; ebenfalls für Tapissierwaren.

Außerst geringe Verdienste erzielen die in Hausarbeit be-
schäftigten Haarnadelpackerinnen. Für die Fertigstellung von
1000 Päckchen Lockennadeln gibt es 93 Pf., für größere
Nadeln 53 Pf. Die Höchstleistung beträgt täglich 1500 bis
2000 Päckchen.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse nach wie vor bei
der Hausweberei. Man hat deshalb versucht, Hausweberinnen
auf Fleckstofferei umzuschulen. Arbeiterinnen haben in der
Fleckstofferei einen Tagesverdienst von 2,50 Mk. erzielt. Das
ist mehr als der Verdienst in der Hausweberei. Die männ-
lichen Hausweber haben sich zum Teil auf die Anfertigung
von Fleckenstücken umgestellt, wobei gleichfalls ein erheblich
höherer Verdienst erzielt werden kann.

Auch für die Hausarbeiter in der Karneval- und Fest-
artikelindustrie sind vom Fachauschuß für Hausarbeit in
Breslau Entgelte festgesetzt.

In den Hausarbeiterbetrieben der Knopf- und Handschuh-
industrie sind die Lohnsätze im allgemeinen tariflich festgesetzt
oder lehnen sich an Lohnsätze in der Fabrik für gleiche Arbeit
an. Das Aufheften der Knöpfe auf Karten ist nach wie vor
sehr gering entlohnt.

Der Fachauschuß für Hausarbeit in Breslau hat die
Stundenlohnsätze für Tapissierwaren mit Wirkung vom
1. August 1928 auf 22 bis 35 Pf. für leichte oder schwierigere
Arbeit festgesetzt.

Für die Heimarbeit in der Gardinen- und Spitzenindustrie
bestehen ebenfalls tarifliche Regelungen, die nach den Berichten
der Gewerbeaufsicht auch gehalten werden.

In der Provinz Sachsen wurden 1925 durch die
Berufszählung 3707 Heimarbeiter festgestellt. Sie sind be-
schäftigt von der Metall-, Textil-, Papier-, Spielwaren-,
Glas-, Karneval- und Festartikel-, Nahrungsmittel- und Be-
kleidungsindustrie.

Im Gebiet der Provinz bestehen fünf Fachauschüsse für
die Hausarbeit. Durch sie wurden die Löhne einzelner Fach-
gruppen festgesetzt. Für eine Reihe von Branchen besteht
keine tarifliche Regelung.

In Schleswig werden in der Hausarbeit Krabben ent-
schäft. Nach der Entschäbung werden sie konserviert und so
in den Handel gebracht. An der Westküste ist ein Fach-
auschuß mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ins Leben gerufen
worden. Sein Sitz ist Ithoe. Der Einsetzung des Fach-
auschusses wurde von den Krabbenkonservenfabrikanten an-
fänglich lebhafter Widerstand entgegengesetzt. Der Fach-
auschuß hat im 1928 die Löhne der Krabbenentwärtlerinnen
festgesetzt.

Die Provinz Westfalen hat bei der Berufszählung
1925 15 659 tätige Heimarbeiter festgestellt. Die Heimarbeit
der Provinz ist in der Hauptsache im Regierungsbezirk
Minden zu finden. Mit wenigen Ausnahmen sind die Löhne
tariflich geregelt. Der Umfang der Heimarbeit in der Provinz
Westfalen geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Erwerbszweig	1927		1928	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Textilindustrie	21	170	21	191
Leinwandweberei	2	54	6	62
Wollweberei	—	7	—	29
Näheindustrie	44	—	42	—
Spinnindustrie	2	—	3	—
Schirmweberei	—	23	—	22
Weberei und Strickweberei	61	12	87	—
Figurindustrie	3 978	7 777	3 549	7 061
Konfektion				
(Herren- u. Damenkleider)	265	2 376	293	1 822
Konfektion (Wäsche)	3	2 449	—	1 604
Insgesamt	4 373	12 565	4 904	19 791

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband Anfang Juli 1931.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos.

Die Hoffnung, daß der verhältnismäßig geringe Rückgang der
Arbeitslosigkeit der letzten Monate sich auch weiter fortsetzen
werde, hat leider getrogen. Die Reichsanstalt für Arbeitslosen-
versicherung meldete für Ende Juli eine Zunahme der Arbeits-
losigkeit gegenüber dem Vormonat um 22 000, von 3 954 000 auf
3 976 000. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit ist geringer als in
der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme betrug damals —
allerdings bei einer wesentlich geringeren Arbeitslosigkeit und bei
einem stärkeren Konjunkturrückgang — zirka 125 000. Das Institut
für Konjunkturforschung bestreitet die Auffassung, daß die Zunahme
der Arbeitslosigkeit im Juli die Folge der Kreditkrise sei. Diese
könnte sich in einer solch verhältnismäßig kurzen Zeitspanne auf
dem Arbeitsmarkt noch nicht auswirken, und hält es für sehr
wahrscheinlich, daß die volle Auswirkung der Kreditkrise erst in
den nächsten Monaten eintreten werde.

Die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung
unterstützten Erwerbslosen geht immer mehr zurück. Sie betrug
Ende Juli nur noch 1 204 976, kaum ein Drittel der gemeldeten
Arbeitslosen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der
Krisenfürsorge ist jedoch sehr erheblich, auf 1 026 589, ge-
stiegen. Die Zahl der von der öffentlichen Fürsorge (Gemeinden
und Kommunalverbänden) unterstützten Wohlfahrts-erwerbs-
losen war bis Ende Juni auf 1 098 388 angewachsen. Die
Gesamtzahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen
beträgt demnach annähernd 3 350 000. Annähernd 600 000 Arbeits-
lose erhalten keine Unterstützung.

Die Arbeitsmarktentwicklung in den Industrien unseres Ver-
bandes entspricht der allgemeinen Lage. Unsere Arbeitslosenstatistik
stellte für Anfang August eine weitere Steigerung der Arbeits-
losigkeit fest. Die Statistik erfaßte insgesamt 411 145 Mitglieder,
das sind über 99 Prozent unserer Mitglieder (20 Jahrestellen mit
zirka 3000 Mitgliedern sind in der Berichterstattung nicht erfaßt,
weil die Berichtskarte gar nicht oder erst verspätet eingelangt
wurde). 120 998 oder 29,4 v. H. unserer Mitglieder waren arbeits-
los, 70 935 oder 17,2 v. H. arbeiteten verkürzt. Im Vormonat
betrugen die Verhältniszahlen für Vollarbeitslose 28,1 v. H. für
Kurzarbeiter 15,8 v. H. Die Kurzarbeiter in Vollarbeitslose umge-
rechnet waren Ende Juli 1931 nur 66,0 v. H. unserer Mitglieder
voll beschäftigt gegen 75,8 v. H. in der gleichen Zeit des Vorjahres.
Den Beschäftigungsgrad in einzelnen Industrien unseres Verbandes
zeigen folgende Verhältniszahlen an:

1931	Ende Juni			Ende Juli		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband						
insgesamt	29,1	24,3	28,1	30,3	25,7	29,4
In der Industriebranche:						
Chemie	22,4	21,2	22,1	23,3	22,7	23,1
Papier	17,7	20,0	18,2	17,4	20,5	18,3
Nahrungsmittel	23,6	22,4	23,3	24,9	23,9	24,7
Spielwaren, Blumen und so weiter	39,0	31,9	34,0	38,5	29,9	33,9
Sonstige Industrien	39,9	25,4	35,4	41,3	26,0	37,3
Keramischer Bund						
insgesamt	39,9	30,3	38,1	41,2	32,6	39,8
a) Porzellan	32,3	23,2	28,9	35,5	26,9	32,3
b) Glas	40,5	36,7	40,0	38,7	34,3	38,2
c) Grobkeramik usw.	41,9	38,6	41,6	44,7	41,4	44,4
arbeiteten verkürzt:						
Fabrikarbeiterverband						
insgesamt	15,4	17,1	15,8	16,3	20,9	17,2
In der Industriebranche:						
Chemie	22,3	17,6	21,3	22,8	22,7	22,8
Papier	18,2	20,1	18,6	22,2	25,8	22,9
Nahrungsmittel	14,6	6,5	12,6	12,3	4,9	10,4
Spielwaren, Blumen und so weiter	32,8	28,4	30,4	31,4	28,6	29,9
Sonstige Industrien	10,8	10,2	10,6	9,9	12,2	10,5
Keramischer Bund						
insgesamt	12,3	20,2	13,7	13,4	24,7	15,3
a) Porzellan	30,6	29,7	30,2	35,4	35,8	35,6
b) Glas	8,5	7,4	8,4	9,5	12,7	9,9
c) Grobkeramik usw.	8,2	12,6	8,6	8,4	12,8	8,9

Die Arbeitslosigkeit ist mit Ausnahme der Glasindustrie in
allen Industrien unseres Verbandes gestiegen. Ob der Rückgang
in der Glasindustrie nur eine Zufallsercheinung ist oder ob hier
eine allgemeine Besserung eintritt, muß abgewartet werden. Sehr
stark ist die Steigerung in der feinkeramischen, in der Grob-
keramik- und in der Baustoffindustrie. In diesen Gruppen hat die
Kreditkrise schon verheerend gewirkt.

In den einzelnen Bezirken steht die Arbeitslosigkeit am höchsten
im Bezirk Brandenburg-Berlin mit 35,9 v. H., am niedrigsten im
Bezirk Württemberg mit 19,5 v. H. (Im Landesarbeitsamtsbezirk
Weißfalten-Lippe werden 47,4 v. H. Arbeitslose ausgewiesen.) Die
stärkste Steigerung der Arbeitslosigkeit war im Gau Nordmark
um 3,5 v. H. und Brandenburg-Berlin um 2,6 v. H. Bemerkens-
werte, wenn auch kleine Rückgänge waren in Ostpreußen, Freistaat
Sachsen und im rechten Rheinland zu beobachten. G. R.

An die Spießbürger.

„Der Patriotismus hatte ehemals seine Daseins-
berechtigung, als die Zivilisation auf kleinen Ge-
bieten lokalisiert war, die Erdteile kaum bekannt,
die Völker unter sich natürlich Feinde waren, als
die menschliche Solidarität als die einer großen,
hochentwickelten Völkerfamilie auf unserem kleinen
Erdball weder begriffen noch überhaupt voraus-
gesehen werden konnte. Aber heutzutage hat er
sich überlebt; er ist nur noch ein Rest von Barbarei
und Unwissenheit, gegründet auf Engherzigkeit und
Hochmut, und dient nur dazu, Bruderkriege zwischen
den Menschen anzufachen.“

Professor August Forel.

Im Bezirk Hannover ist die Zahl der Hausarbeiter
1925 mit 3438 angegeben. Zwei Drittel davon werden in der
Bekleidungsindustrie beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf
das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, auf die Nahrungsmittel-,
Kaufschank- und Abfett-, Textilindustrie und auf einige kleine
Branchen. Die Löhne sind zum Teil tariflich geregelt.

Im Bezirk Hessen-Rassau betrug die Beschäftigung
von Hausarbeitern 1925 4483 Personen. Die Beschäftigung
erstreckt sich auf das Bekleidungs-gewerbe, die Zigarrenindustrie,
Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Textil- und Metallindustrie.
Die Löhne sind in der Regel tariflich geregelt.

In der Rheinprovinz wurden durch die Berufs-
zählung 1925 22 616 Heimarbeiter festgestellt. Die drei aus-
schlaggebenden Industrien für die Heimarbeit sind die Metall-,
Textil- und Bekleidungsindustrie. Sie sind je zu nahezu ein
Drittel vertreten. Daneben beschäftigen auch Heimarbeiter die
Nahrungsmittel- und die Maschinenindustrie, die Fein-
mechanik und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.

Die tarifliche Festsetzung der Entlohnung setzt sich auch in
der Rheinprovinz immer mehr durch. Vereinbarungen oder
Festsetzungen bestehen jetzt in der Krawatten-, Textil-, Be-
kleidungs-, Silberwarenindustrie, in der Bandweberei und
Schirmstoffweberei. Die Verdienste der Hausarbeiter sind in
manchen Industriezweigen noch recht gering. Beim Nähen
von Strampfhältern und in der Devotionalienindustrie sind
Stundenverdienste von 20 Pf. bei fleißiger Arbeit ermittelt
worden. In der Kettenindustrie werden Wochenverdienste von
6 bis 8 Mk. erzielt; dabei müssen sich die Hausarbeiter für
das Holen und Bringen des Materials und der Fertig-
fabrikate noch Abzüge von 50 bis 75 Pf. gefallen lassen,
wenn sie nicht in der Lage sind, diese Gänge selbst zu besorgen.
In der Esfel wird versucht, die alte ausgefallene Heim-
arbeit wieder einzuführen. H. Efflein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Verlegung der Jahreshauptversammlung der Deutschen
Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage hat
die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene beschlossen, ihre
für Ende September d. J. in Nürnberg geplante Jahreshaupt-
versammlung nicht durchzuführen, sondern die Hauptversamm-
lung auf das Frühjahr 1932, wiederum mit dem
Tagungsort Nürnberg, zu verlegen.

Tagung des Ausschusses für gewerblichen Gesundheitsschutz.

Der Internationale Arbeitsamt in Genf hat kürzlich eine
Jahreskonferenz verschiedener Mitglieder des Korrespondierenden

Ausschusses für gewerblichen Gesundheitsschutz stattgefunden. Die
Sachverständigen haben zuerst über Vorschläge zur Abfassung einer
internationalen Verordnung zur Vermeidung von Muzbrand-
Erkrankungen bei der Bearbeitung von Knochen, Hörnern und
Hufen beraten. Weiter haben sich die Sachverständigen mit der
Frage der Verwendung von bleibhaftigem Email beschäftigt und
Maßnahmen zur Beseitigung der damit verbundenen Gesundheits-
gefahren erwogen. Das gleiche gilt für die Ausprache über die
Weiergiftungsgefahr in Akkumulatorenfabriken. Schließlich haben
die Sachverständigen den Wunsch ausgesprochen, alle in der
chemischen Industrie neu auftretenden Ver-
giftungsfälle sollten dem Internationalen Ar-
beitsamt mitgeteilt werden, das die interessierten Per-
sonen davon benachrichtigt. Weitere Gegenstände der Ausprache
waren die Beschlüsse der Johannesburg Konferenz vom Januar
1930 über die Silikose (Staublung) und die damit zusam-
hängenden wissenschaftlichen Erhebungen sowie die Arbeits-
bedingungen der verheirateten Frauen. Hinsichtlich der letzten
Frage empfehlen die Sachverständigen die Durchführung einer ein-
gehenden Erhebung.

Rundschau.

Was die Volksfürsorge leistet.

Mit dem stetigen Anwachsen der Volksfürsorge, gewerk-
schaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, er-
höhten sich auch die Leistungen für Sterbefälle an die bei ihr
Versicherten. Sie zahlte im ersten Halbjahr 1931 für
4260 Sterbefälle bei ihr versicherter Personen rund 1 900 000
Mark aus. — In dieser Zeit wird vielen die Versicherungs-
summe beim Todesfall des Ernährers eine sehr willkommene
Hilfe gewesen sein.

Offiziersbehälter und Pensionen in Deutschland und Frankreich.

Wir haben Geld wie Heu.

In der folgenden Tabelle sind die Bezüge der französischen und
der deutschen Offiziere gleichen Ranges einander gegenübergestellt.
In der zweiten Rubrik das ruhegehaltsfähige Dienstinkommen, in
der dritten Rubrik die Höchstpensionen. Die bei Frankreich an-
gegebenen eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die außer-
gewöhnliche Überschreitung der Höchstpension von 19 000 Frank
bei Anrechnung von Kriegsdienstjahren.

Dienstgrad	Pensionsfähiges Dienstinkommen in Mk.		Höchste Ruhegehalt in Mk.		
	Frankreich	Deutschland	Frankr.	Deutschl.	
Général de Divis. II	General	12 501	21 288	5000 (7625)	16 983
de Brigade	Generalleutnant	11 250	17 268	5000 (7362)	13 815
Colonel	Generalmajor	8 430	16 278	5000 (6735)	13 023
Lieutenant-Colonel	Oberst	7 334	14 240	5000 (5867)	11 472
	Oberleutnant	5 917	12 690	4438 (4733)	10 472

Auch bei Berücksichtigung der höheren Kaufkraft des französi-
schen Geldes ist das Ergebnis einseitig: Die deutschen Offiziers-
pensionen sind rund dreimal so hoch wie die normalen französischen
Höchstpensionen und sie sind noch immer mehr als doppelt so hoch
als die Pensionen der französischen Offiziere, die den ganzen Welt-
krieg an der Front mitgemacht haben.

Literarisches.

„Die Gemeinwirtschaft“. Zeitschrift für Theorie und Praxis der gesamten
gemeinwirtschaftlichen Bewegung. In jedem Monatshefte erscheinen inhaltreiche
Originalarbeiten aus den Gebieten des gemeinwirtschaftlichen Lebens sowie ein
gut informierendes vielseitiges „Anschauungs-Bericht“. Bezugspreis vierteljährlich
3 Mk. — Die Gemeinwirtschaft“ erscheint im 11. Jahrgang, sie bietet in den
jetzigen Erörterungsperioden der Profitwirtschaft viel Orientierungsmöglichkeiten
von Standpunkte sozialistischer Wirtschaftsbetrachtung. — In bestellen bei jeder
Paß-Buchhandlung oder dem Drei-Kreis-Verlag Bad Dürkheim.

Krieglein 1932. Ein fröhliches Jahrbüchlein für kleine Wanderer. Be-
arbeiter Otto Schulz. Herausgeber und Verlag Reichsverband für Deutsche
Jugendherbergen. Hildesbach in Westfalen. Preis 10 Pf. 32 Seiten. Zwei-
farbiger Umschlag.

Freudenborn 1932, das Jahrbüchlein für das junge Volk. Gechaffen zur
Pflege der Heimatliebe, des Tier- und Pflanzenschutzes und des Naturgenusses
bei frohem Wandern und Reisen. Bearbeiter Wilhelm Ulrich. Herausgeber und
Verlag Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen. Hildesbach in Westfalen.
Preis 20 Pfennig. 72 Seiten. Zweifarbigter Umschlag.

Deutsches Wandern 1932. Der herrliche Hildesbacher für jeden Wander-
jugend- und Familienfreund. Bearbeiter Paul Wehler. Herausgeber und Verlag
Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen. Hildesbach in Westfalen. Preis
2 Mark. 64 beherztig bedruckte Blätter.

Chemische Industrie

Der Stickstoffzoll

Politik ist die Auswirkung wirtschaftlicher Interessen. Es kommt nur darauf an, welche Gesellschafts-schicht den meisten Einfluß auf den Staat und folglich auch den größten Vorteil hat.

Die Produktionspolitik in der privatkapitalistischen Wirtschaft hat sich seit längerer Zeit in eine Sackgasse verrannt. Produktion und Absatz sind nicht mehr in Einklang zu bringen. Gefährliche Störungen des ganzen Wirtschaftsablaufes haben sich daraus ergeben.

Man kann ohne Übertreibung von einer Produktionsanarchie reden, wenn man die katastrophale Entwicklung in verschiedenen Produktionsparten betrachtet. Überfluß an Produktionsgütern, der zur Vernichtung dieser Güter führt, weil Absatz nicht vorhanden ist, auf der anderen Seite Warenmangel bei fehlender Kaufkraft.

Niesenproduktionsstätten sind entstanden auf Gebieten, die große Kapitalrenten versprochen. Heute liegen sie infolge Absatzmangels still oder erleiden gewaltige Rückschläge. Am markantesten kann man diese Entwicklung heute in der Stickstoffindustrie beobachten, die zur Zeit heftigen Erschütterungen ausgesetzt ist.

In der Vorkriegszeit steckte die synthetische Stickstoffgewinnung noch in den Kinderschuhen, niemand ahnte damals, daß in so verhältnismäßig kurzer Zeit die Stickstoffindustrie sich zu einem Spekulationsobjekt in der heutigen Größe entwickeln würde. Die Anlagen der Vorkriegszeit waren verhältnismäßig klein. Erst während des Krieges, als der Sprengstoffhunger zur Menschenvernichtung in allen Ländern immer größere Formen annahm, ging man zur Gründung ausgedehnter Erzeugungsanlagen über, wobei staatliche Geldmittel in großzügiger Weise den privatkapitalistischen Unternehmern zufließen. Fast unbegrenzt erschienen damals die Möglichkeiten einer zukünftigen Entwicklung der Stickstoffindustrie. In welchem ungeheuren Tempo die Entwicklung der Stickstoffindustrie vor sich ging, ergibt sich am besten aus der zahlenmäßigen Entwicklung der Stickstoffherzeugung.

Die gesamte Stickstoffherzeugung der Welt betrug vor dem Kriege etwa 770.000 Tonnen, wobei zu beachten ist, daß hierbei der chilenische Natur-Salpeter mit 60 Prozent beiteilt war. Als Produzenten von künstlichem Stickstoff hatten damals nur England und Deutschland Bedeutung. In rascher Folge stieg die Produktion im Jahre 1925 bereits auf 1,25 Millionen Tonnen Reinstickstoff. 1930 betrug die Weltproduktion 2,18 Millionen Tonnen. Bis zum Jahre 1928 war die Entwicklung in der Stickstoffindustrie verhältnismäßig günstig, denn bis dahin hielt sich Erzeugung und Absatz infolge der steigenden Nachfrage nach Stickstoffdünger die Waage. Seit 1928 jedoch setzt eine rasch zunehmende Überproduktion ein. Ein erheblicher Teil der Produktion mußte auf Lager gebracht werden. Während zuerst diese Entwicklung beim chilenischen Natur-Salpeter eintrat, wurde sehr bald auch der synthetische Stickstoff von dieser Entwicklung ergriffen. Im Jahre 1930 blieben bereits 40 Prozent der Produktion des vorhergehenden Jahres auf Lager. Augenblicklich betragen in Deutschland die Stickstoffvorräte mehr als 300.000 Tonnen Reinstickstoff, in Chile etwa 400.000 Tonnen. Dazu kommt noch, daß auch in allen anderen Ländern die Lager sich immer mehr füllen. Die Weltproduktionsmöglichkeit an synthetischem Stickstoff beträgt zur Zeit etwa 4 Millionen Tonnen, daran beteiligen sich Deutschland mit etwa 30 Prozent, Vereinigte Staaten 15 Prozent, Chile 13 Prozent, Japan und Frankreich je 7 Prozent, England 6 Prozent, Belgien 5 Prozent, Rußland, Norwegen, Polen, Holland und Italien mit etwa 2 bis 3 Prozent, Kanada und Tschechoslowakei 2 Prozent.

Dieser ganz gewaltigen Steigerung der Erzeugungsmöglichkeit steht ein tatsächlicher Verbrauch von etwa nur 2,2 Millionen Tonnen Stickstoff gegenüber. 50 Prozent der gesamten Stickstoffkapazität können heute nicht ausgenutzt werden. Bedenkt man, daß die modernen Stickstoffgewinnungsanlagen mit ihren komplizierten Apparaturen enorme Kapitalanlagen bedingen, so kann man schon aus diesem Umstande ermessen, in welchem Maße eine große Kapitalverschwendung in der Stickstoffindustrie um sich gegriffen hat. Die deutschen Stickstoffanlagen würden heute allein genügen, um den Weltbedarf zu sichern. Nach Lage der Dinge kann die deutsche Stickstoffindustrie zur Zeit höchstens 30 Prozent ihrer Anlagen ausnützen.

Trotz dieser Verhältnisse wurden die Stickstoffgewinnungsanlagen bis in die letzte Zeit weiterhin ausgebaut. Da man die Stickstoffindustrie als Rüstungsmagazin für einen zukünftigen Krieg betrachtete, wurden in allen Ländern zum Teil mit erheblichen Staatszuschüssen neue Stickstoffbetriebe errichtet. Selbst Länder, die keine Verwendungsmöglichkeiten hatten, glaubten, sich den Luxus eigener Stickstoffwerke erlauben zu müssen. So haben seit 1925 Polen, Italien und die Tschechoslowakei die Stickstoffherzeugung auf das 5fache, Frankreich auf das 9fache und Belgien auf das 14fache erhöht.

Auch in Deutschland setzte ein förmliches Stickstoffieber ein. Neben der I.-G. Farbenindustrie, die während des Krieges auf billige Art und Weise durch Staatsunterstützung zu ihren ausgedehnten Produktionsanlagen kam, errichtete die Bergbauindustrie aus Konkurrenzgründen umfangreiche Stickstoffwerke durch Verwendung der Kokereigase. Wieviel Kapital hierbei veräußert worden ist, läßt sich leider nicht feststellen, nur in einem Falle beim Verkauf der Mont-Cenis-Werke, die zum Preise von 23 Millionen Mark an die I.-G. Farbenindustrie verkauft wurden, die diese Werke stilllegte, läßt sich die gewaltige Fehlleistung von Kapital feststellen.

Diese Produktionsverhältnisse mußten früher oder später in der Stickstoffindustrie zu einem gewaltigen Zusammenstoß führen. Jedes Land versuchte seine Stickstoffindustrie so günstig wie möglich zu gestalten, zum Teil durch Einfuhrverbote, zum Teil durch rigorose Zollpolitik. Preiskämpfe

waren nicht zu vermeiden, die man durch freiwillige Bindungen auszuschalten versuchte. Bereits im Jahre 1928 trafen sich die Vertreter des Stickstoffkapitals auf der sogenannten Adriakonferenz zu einer internationalen Aussprache. Diese Aussprache, die auf einer Luxusfahrt stattfand, ist in ihren Einzelheiten nicht bekannt geworden. Aber sie führte dazu, daß man versuchte, nach dem kapitalistischen Wahlpruch „Teile und herrsche“ eine internationale Vereinbarung zur Schrumpfung der Konsumenten zu schaffen.

So kam es 1930 zum internationalen Stickstoffpakt (C.I.N.), durch den eine internationale Aufteilung der Stickstoffherzeugung und des Absatzes mit Ausnahme Nordamerikas und Japans erfolgte. Durch diese Vereinbarung wurde die Produktion an synthetischem Stickstoff für das Jahr 1930/31 auf 1,1 Millionen Tonnen festgesetzt, die auf die einzelnen Mitgliedstaaten wie folgt verteilt wurden:

Deutschland	840 000 Tonnen
England	
Norwegen	
Belgien	75 500 Tonnen
Holland	28 400 Tonnen
Frankreich	75 000 Tonnen
Schweden	17 500 Tonnen
(Holländisch, aber zur belgischen Gruppe Coppelé gehörig.)	
Italien	39 000 Tonnen
Polen	28 200 Tonnen
Wypern	8 700 Tonnen
Tschechoslowakei	8 000 Tonnen

machten der Reichsregierung gegangenen ist. Mit erstaunlicher Frigidity ist es ihm nach dem Scheitern der Verhandlungen gelungen, die deutsche Stickstoffindustrie durch staatliche Schutzmaßnahmen von dem beginnenden internationalen Preiskampf auszuschalten. Enorme Stickstoffzölle hat die Reichsregierung der I.-G. Farbenindustrie zugebilligt. Die Zollsteigerung ist so gewaltig, daß wir sie nachfolgend in einigen Zahlen zur Kenntnis bringen wollen:

Am 15. Juli 1931 sind folgende Zölle in Kraft getreten:

Ammoniaksalpeter	24 Mk. je Doppelzentner
Chlorsalpeter	12 Mk. je Doppelzentner
Ammoniumsulfat	12 Mk. je Doppelzentner
Kalksalpeter	24 Mk. je Doppelzentner
Natronsalpeter	12 Mk. je Doppelzentner
Kalksalpeter	12 Mk. je Doppelzentner
Kalkstickstoff	12 Mk. je Doppelzentner
Sarnstoff	12 Mk. je Doppelzentner

Diese Zollsätze sollen die vollständige Absperrung der Einfuhr bezwecken, denn die neuen Zölle betragen zum Teil 75 Prozent vom Wert des Produkts. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die deutsche Industrie sich schützen muß, bedeutet dieses Vorgehen, daß man auf diese Art und Weise dem Chemietrust einen Schutz angebeihen läßt, der sich als eine rücksichtslose Überverteilung der deutschen Stickstoffherzeugung auswirken muß, da jegliche Konkurrenzfähigkeit ausgeschaltet wurde. Der Chemietrust hat auf Grund der einsehenden öffentlichen Angriffe zwar eine Preislenkung vorgenommen, die Preisvermindierungen von etwa 7 bis 9 Prozent vorsieht, gegen Preislenkungen des Auslandes bis zu 40 Prozent. Für Nitrophoska, ein Monopolartikel der I.-G. Farbenindustrie, bei dem die Erlöse bedeutend höher sind als bei anderen Stickstoffarten, beträgt die Preisermäßigung knapp 1 Prozent. Wäre die Regulierung der Weltmarktpreise in freier Konkurrenz erfolgt, dann müßte die Auswirkung sein: niedrigere Preise, erhöhter Umsatz, erhöhte Produktion. Unternehmer, Landwirtschaft und Arbeiterschaft wären dabei nicht zu kurz gekommen. Man versucht sich dadurch herauszureden, daß man erklärt, die Stickstoffpreise seien heute in Deutschland 40 Prozent niedriger als im Jahre 1913. Wie soll das bewiesen werden? Vergleichsmöglichkeiten mit dem Jahre 1913 bestehen nicht. Hat doch Dr. Bueb vor dem Enquete-ausschuß 1930 selbst gesagt:

„Welche Veränderungen die vorstehend entwickelten Anteile der einzelnen Kostenfaktoren an den Gesamtkosten gegenüber 1913 erfahren haben, kann nicht angegeben werden, da im Jahre 1913, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, nur das Oppauer Werk in Betrieb war und die damaligen Verhältnisse keine Grundlage für einen Vergleich bieten.“

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Wenn Staatschutz zugunsten der Arbeiter eingreift in lohnpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht, erhebt sich im Unternehmerlager ein Riesengeschrei, in das auch die I.-G. Farbenindustrie durch den Mund ihrer prominenten Vertreter mit einstimmt. Jeder Versuch der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage wird aufs heftigste bekämpft. Gesetze zum Schutze der Arbeiter werden jahrelang verschleppt und verschlechtert. Furchtbar langsam arbeitet die Maschinerie der Gesetzgebung. Seit Monaten ist man bestrebt, auf gesetzgeberischem Wege die rigorosen Folgen der Notverordnung für die Arbeiter zu mildern. Das Ohr des Gesetzgebers bleibt taub. Es handelt sich ja auch nur um Arbeiter, die man als die Pack- und Lastesel der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Unternehmer betrachtet. Für die Wünsche des Unternehmertums ist scheinbar ein offeneres Ohr vorhanden. Da, wo die Staatsmacht zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter versagt, stellt sie sich willig für privatkapitalistische Zwecke zur Verfügung. Hohe Stickstoffpreise bringen Verfeuerung der landwirtschaftlichen Produkte, die die Arbeiterschaft als Massenverbraucher wiederum tragen muß. Das ist das Empörende an der Sache. Die Unternehmer jammern über die hohen Arbeitslöhne. Aber es steht fest, daß sie in der Stickstoffindustrie nur einen geringen Teil der Produktionskosten ausmachen. Trotzdem hat man sich anlässlich der Lohnabnahme nicht gescheut, auch die Stickstoffarbeiter gehörig zu rupfen. So wie die Verhältnisse heute in der Stickstoffindustrie liegen, kann auch durch Staatschutz keine Besserung eintreten. Ein erheblicher Teil der Produktionsanlagen wird stillgelegt werden müssen. Das bedeutet aber Vernichtung von Millionenwerten, Fehlleistung und Vergeudung von Kapital im größten Umfange. Und dabei wagen die Unternehmer, angesichts solcher Leistungen über die Kapitalverschwendung und Kapitalverschwendung von Staat und Kommunen über unproduktive Arbeitslosenfürsorge in der gehässigen Weise zu schimpfen. Es ist bedauerlich, daß sich die Miswirtschaft der Stickstoffindustrie nicht zahlenmäßig darstellen läßt, sie würde selbst bei wohlwollendster Beurteilung ein erschreckendes Bild über die Irrwege des modernen Kapitalismus zeigen. Der I.-G.-Farbentrust ist zur Zeit das größte Unternehmen in Deutschland. Es ist kein Geheimnis, daß er sich weitgehenden politischen Einfluß gesichert hat. In welchem Maße dies heute schon gelungen ist, zeigt sich in der Stickstoffzollfrage. Nur ein gleicher politischer Einfluß der Arbeiterschaft kann verhindern, daß mit der Staatsmacht Mißbrauch zugunsten des Unternehmertums getrieben werden kann.

R. Segerer.

Beachte die Vorschriften über explosionsgefährliche Stoffe



Bestell-Nr. 365 - d Unfallverhütungsbild G.m.b.H. & Verh. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W3

Diese Vereinbarung war aufgebaut auf der Grundlage einer Produktionsbeschränkung unter Aufrechterhaltung des Preisniveaus. Zur Förderung der Produktionsbeschränkung wurde eine Ausgleichskasse geschaffen, aus der die Erzeuger entschädigt wurden, die ihre Produktion freiwillig einschränkten. Die Kosten dieser „Arbeitslosenunterstützung“ der Unternehmer mußten ebenfalls von den Verbrauchern getragen werden. Das ist natürlich etwas ganz anderes, als wenn ein arbeitsloser Prolet seine Arbeitslosenunterstützung bezieht, die ihn vor dem Verhungern schützt. Scheinbar kommt es dabei nur auf die Höhe des der Gesamtheit entzogenen Vermögens an. Tathnießer dieser Ausgleichskasse waren in erster Linie Chile, Deutschland, England, Norwegen und Frankreich.

Infolge innerer Spannungen kamen beim Ablauf des Kartellvertrages 1931 keine neuen Vereinbarungen zustande, da den einzelnen Partnern der Anteil an der Produktion nicht mehr genügte. Namentlich Chile, für das die Salpetersubstanz eine Lebensfrage ist, tanzte aus der Reihe, so daß der Kampf aller gegen alle damit entfeuert ist. Der durch die Vereinbarung verjögerte Kampf ist nun mit aller Heftigkeit entbrannt. Die Produktion ist nicht eingebüßt, sondern vergrößert worden, und nunmehr werden die einzelnen Konkurrenten versuchen, sich durch Preisunterbietungen den Rang abzulaufen. Dabei sind Preisunterbietungen bis zu 40 Prozent schon jetzt zu verzeichnen. Der seit Jahren verbündete Preiskampf auf der Basis der Konsumentenschädigung bricht nun mit aller Macht durch. Der Stickstoffmarkt hat sich nicht so entwickelt, wie man vor Jahren gehofft hat. Der Export begegnet ungeheuren Schwierigkeiten. Deshalb heute im Lager der Unternehmer aller Länder der Ruf „Rette sich, wer kann!“ Von allen Ländern steht in vorderster Linie das deutsche Unternehmertum, das sonst den Mund gewaltig vollnimmt, wenn es gilt, die freie Wirtschaft zu verteidigen. Es läßt sich förmlich die Sohlen ab, um den Staat zu rettenden Maßnahmen zu bewegen.

In Deutschland ist die I.-G. Farbenindustrie die Hauptproduzentin von künstlichem Stickstoff. Man kann mit vollem Recht behaupten, daß die deutschen Stickstoffinteressen die Interessen der I.-G. Farbenindustrie sind, und es ist eigenartig zu sehen, wie der Chemietrust in Deutschland den Staat für seine privatkapitalistischen Geschäfte einspannt. Herr Schmitz ist zur Zeit dauernder Berater der Reichsregierung, nachdem vor einiger Zeit versucht worden war, ihn als Reichswirtschaftsminister auf den Schild zu heben. Nach einigen Versuchsballons, die man in der Unternehmerpresse steigen ließ, dementierte allerdings die Reichsregierung. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens war. Es ist bekannt, daß Geheimrat Schmitz bereits zu den internationalen Verhandlungen zur Erneuerung des Stickstoffpaktes mit weitgehenden Voll-

Explosion in einem Karbid-Schmelzofen.

Ein Tofer, drei Leichtverletzte.

Bei der AG. für Stickstoff und Kunstdünger in Efferen (Bez. Köln), ereignete sich am 22. August 1931 ein schweres Unglück. Gase, die sich in einem Karbid-Schmelzofen gebildet hatten, warfen mit ungeheurer Wucht die glühende Schmelzmasse heraus, die aus Koks und Kalk gewonnen wird. Die am Ofen beschäftigten vier Arbeiter stoben panikartig auseinander, als sich die Masse wie eine Fontäne über die Arbeitsstätte ergoß. Drei Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon, während der vierte in einen zehn Meter tiefen Schmelzofen stürzte, wo er sich so schwere Verletzungen zuzog, daß er nach kurzer Zeit starb. (Daß der Ruf: Abbau der Sozialversicherung.)

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der eitle Fabrikarbeiter.

Seit Jahren war er in der Apotheke bekannt. Nie war er zufrieden. Er kaufte nichts anderes als Hautkrem, immer wieder Hautkrem. Stets wollte er eine andere Sorte haben. Die besten und teuersten Marken mit manchmal unaussprechlichen Namen hatte er schon gekauft. Nie blieb er bei einer Sorte. Jeder Sachlich, jede Filmdiva fanden, was sie brauchten, nur er war stets unzufrieden, trotzdem man ihm ansah, daß er nicht mit Glücksgütern überreichlich gesegnet war. Seine Kleidung, seine schwierigen Hände vertieften den Menschen, der sich durch seiner Hände Arbeit mühselig für Brot verdienen muß. Heute war er nun wieder da und war unzufriedener denn je. Den ganzen Vorrat hatte er schon durchgeschaut; nichts paßte ihm. Der Apotheker hatte schon längst gern das Geheimnis ergründet, warum sich dieser Mann zu Unkosten verleitete, die gar nicht zu seinem Aussehen paßten. Sollte der Mann selbst so eitel sein, oder hatte er ein verführerisches Liebesobjekt, oder war es nur eine fixe Idee? Diese Möglichkeiten hatte er schon alle erwogen; zu einem Schluß war er noch nie gekommen. Da heute gerade keine Kundschaft im Laden war, so sollte er die Leidenschaft eines Fabrikarbeiters kennenlernen. Der sonst so wortkarge Mann berichtete: Seit Jahren arbeite ich in einer chemischen Fabrik. Stein wird gemahlen zu einer Feinheit, daß man glaubt, er sei in seine Atome zerprengt. Während die Hitze für Trockenheit. Abende Chemikalien werden hinzugesetzt, und dann erhaschen die Transportanlagen dieses Gemisch und bringen es an den nächsten Arbeitsplatz. Mit jeder Bewegung aber wird eine Wolke von Staub aufgewirbelt, und dort, wo es am meisten Staub faßt, ist mein Arbeitsplatz. Am Ende der Schicht liegt der Staub fahhoch an allen Stellen, wo er nur einen Haß findet. Der Staub dringt in Augen, Ohren, Nase und Mund; er durchdringt die Kleidung, bedeckt die ganze Haut. Der Schweiß löst die Chemikalien auf, und jetzt brennt es am ganzen Körper wie Feuer. Jeder kleinste Hautriß verursacht Höllenqualen. Die Stimmbänder verengen, sie sind längst von Chemikalien entzündet, zerstreuen. Die Nasenschleimhaut ist nur noch eine Kruste. Der Geruchssinn ist längst verschunden, und hätte ich nicht dauernd meine Haut gepflegt, so hätte mich der Staub schon längst umgebracht. Es gibt aber keinen Krem, der auf die Dauer hilft; der Körper gewöhnt sich zu schnell. Am besten hilft noch Sahne, aber nur dann, wenn ich zwischendurch wieder einen Hautkrem verwende. Wie Schuppen war es dem Apotheker von den Augen gefallen. Er hat dem Mann imm stillen ab, was er über ihn gedacht hatte. Als sich die Ladenfür schloß, stellte er fest, daß er sich das Leben eines Fabrikarbeiters so nicht gedacht hatte.

Der gute Kamerad.

Ein Stück vom Hospital.

Draußen ist Gemitter — gelbe Blitze zerreißen die Nacht. Wenn es donnert, dann zittern die Scheiben. Unser Zimmer ist klein; wir liegen zu viere hier, Kranke im Hospital! Horche, wie der Regen fällt — als ob der Himmel geborsten sei — du, wieder die gelben Blitze, riecht es nicht nach Schwefel? Langsam vererbte sich das Gemitter — ich höre meine Kollegen atmen, einer atmet lang — langgezogen, als ob er müßte die letzten Lebenskräfte aus der Brust herauszuziehen. Der andere atmet kurz, und sein Gehämmer ist sein Atmen — beinahe ein Köcheln. Und mein dritter Kollege wimmert, die Schmerzen drücken auf seine Wunden — gestern ist er operiert. Draußen kläfft der Regen. Hier drinnen riecht es nach Tod.

Ich bin erst seit gestern hier, ich habe mich unter den Kranken noch nicht eingelebt, alles ist mir neu und unheimlich, aus der Familie herausgerissen, von der Arbeit weggeholt — es ist bitter, krank zu sein. Wie spät ist es? Ich höre einen leisen Schritt — auf dem Korridor — von früher her kenne ich die Regeln des Krankenhauses, der Schritt da draußen; das ist die Nachtwache, die Schwester oder der Pfleger — dann ist es gleich zwei Uhr. Die Stunde der nächtlichen Krankenkontrolle. Ja — die Schwester ist es, leise springt das Licht an, gedämpft — ein weißes Häuschen, die strahlende Wärme eines gesunden Frauenkörpers, die Schwester wechselt einige Worte mit dem Operierten, sie horcht: sie hört die beiden anderen Kranken — den kurzen und den langen Atem — hinter diesem Atem fühlt sie den Schlaf — da ist dann weiter nichts zu helfen — sie haucht an meinem Bett vorüber, ihr Blick streift nicht mich, sondern die Tafel an meinem Bett: Name, Alter und Freidenker steht darauf — meinen Blick hebt die Schwester nicht — ein Neulingelieferter, weiter weiß die Schwester nichts von mir, wie auch könnte sie sich viel mit mir einlassen — hat sie doch an die hundert Kranke zu kontrollieren. Einer ist gar nichts — hundert sind etwas. Im Hospital.

Die Schwester ist fort. Von ganz fern höre ich das Gemitter manchmal noch nachgrollen — und wenn es blüht, dann blüht es bläut und lange — mit kurzen Intervallen, als ob eine Riesenhand auf einen Knopf drückt, auf einen elektrischen Unterbrecher. Der Regen ist milder geworden — ein Laadregner, wie Tränen sind die Regentropfen, wie langsam fließende schmerzliche Tränen — und ich verneine, diese Tränen seien die meinen. Einjam und verlassen fühle ich mich — angeschlossen aus der Gemeinschaft der Gesunden, zu nichts mehr nütze, fremden Leuten zur Last — nicht einmal wert bin ich, daß ein Auge nach mir schaut. Wie ein Schwefel hauchte die Schwester davon. Wieder das rote Weckerleuchten. Immer fallen vom Nachthimmel die seufzenden Tränen, der Regen. Unter unseren Betten liegt der Tod, er wartet drauf — ja: worauf wartet er? Einjam bin ich, elend und verlassen. So ohne jegliche Hoffnung. Ich höre vom zwei dumpfe Glockenschläge — zweieinhalb in der Nacht! Die Zeit steht fast still, die Bettdecken brennen.

Horche, ist das nicht wieder ein Schritt —? Die Klinke an der Tür ist einen ganz leichten Schrei — knips, das halbe Licht springt an, fliegend dampft — ich erkenne: ein Pfleger! Der Pfleger von der Nachtwache. Und er kommt an mein Bett — er heißt, Name — und schon beugt sich sein Antlitz über mich, zwei Regentropfen umfließen mich, eine Hand sucht die meine, mein Ohr hört: endlich habe ich dich gefunden! Ich suche dich schon seit zwei halben Stunden — im Anjahrewechsel waten habe ich gesucht, daß du mal wieder bei uns bist — Mehr sagt er nicht, mir hallen aus immer noch bei den Händen — aber wie wir uns halten: das ist das Große, die ungesprochene Sprache, unser Blut fließt ineinander, wir verschmelzen, wir: alle Genossen, Bekanntheit seit zwanzig Jahren, Freude, Kampf der Waffen, Krieg, Verleumdung, Anklagen und Absinken — alles haben wir miteinander erlebt — er hatte mich in dieser Nacht gesucht — er mußte, ich sei hier. Noch einmal klingt es an mein Herz, sein feines, körperliches Wort: Endlich habe ich dich gefunden! Also eine Seele suchte die meine — plötzlich bin ich in ein sorgloses Glück gelangt, mein Blut ward lauter, mein Herz ist eine Glocke, an die mein Brustammerchen schlägt und schlägt — Freude: hier bei mir steht der gute Kamerad! Welch ein Glück, einen Menschen zu haben — der nach dir sucht. Aber leise — die anderen Kranken — der Pfleger wagt seinen Mund an mein Ohr — alles Gute! — sagt er — und er ist draußen — ich bin wieder allein — und doch nicht allein, die Liebe des guten Kameraden, die blieb bei mir.

Wieder horche ich — mein, es riecht drangen nicht mehr, flüsterndes — von weitem ein Schrei — wahrscheinlich eine gestörte Frau — wir sind im Krankenhaus. Mein guter Kamerad ist hier, er wacht, für uns alle, der Pfleger, die Pflegerin —



der Kamerad wird vielberzig — uns alle umgibt hier die menschliche Kameradschaft, ein reiches Gefühl, das Geschenk vom Sich-sicherfühlen, das Glück des Geb. — gemeinsam, gewacht durch das helle Wort: Freund, ich habe dich gesucht! Das war ein Stern über der dunklen Welt, die Sternsonne Sirius durchbrannte das Gewitter.

Ich schlafe ein, denn ich bin geborgen, ein Schiff im ruhigen Port bin ich — aber ich bleibe nicht lange im Hafen, schon fahre ich wieder aus — mit meinem Traumschiff, am Mast den sonnigen Wimpel, die Flagge vom guten Kameraden.

Blaue Meere. Grüne Inseln. Weiße Brandung. Sonnenglanz und Sternspracht: das Südliche Kreuz. Fliegende Fische, wie die See kläfft, gegen die Bordwand — ich träume, ich fahre, ich reise. Das Schiff war ein anderes Schiff, ein Lüfteschiff, ich sitze im Aetoplan — drunten wallen im Korbillerenwind die grünen Wogen der Palmwälder — weiße Farnbütteln, kalkgetüncht, die gefiederten Bananen, unendliche Plantagen. Und Kaffeebäume. Und scharfduftendes Jachetrohr. Und blaubühende Tabaksfelder. Und von der Sonne tropft Gold, wo es hinfällt, da unten, da brennt das Sonnengold, auf Stirn und Nacken der braunen Plantagenarbeiter. Oben das Gold — unten das Feuer. Ich träume.

Ein opalfarbener See, ein Binnensee, eine bunte Stadt, am opalenen See, bunt eingebettet ins tiefe Grün hoher Kokospalmen — Berge um den See, ein Schlag, ein Blitz, der eine Berg speit Feuer, und Donner springt auf — der Vulkan ist entfacht: Horrido, Erdbeben! Eine Riesentaubwolke steigt hoch — Gejammer, Geföhne, Gemimmer — die noch eben geschaute bunte Stadt da unten, sie ist nicht mehr, die Vulkanhand hat die Stadt zerstört, gehoben und zerhackt: Erdbeben! Ich träume.

Hier kommt die Hilfe — ich selbst liege unter den Erdbebenkrümmern, eingezwängt zwischen Stein und Balken — au! weh! ich kann mich nicht rühren — aber die Hilfe kommt: der gute Kamerad ist hier, das gültige Antlitz meines Freundes, des Nachtpflegers vom Krankenhaus — hier ist die Hilfe, der gute Kamerad wird tausendhändig, sanft schieben die Freundeshände alles Engende und Belästende und Zwängende beiseite, die Erdbebenstadt gibt ihre Verschütteten her — der gute Kamerad hilft dem Kameraden. Der Mensch hilft dem Menschen. In der Brust der Menschheit schlägt nur ein einziges Herz — dieses Herz hat zu mir gesagt: Freund, oh, endlich habe ich dich gefunden, ich hatte dich gesucht! Ich träume. Aber nein, mein Traum ist aus, ich wache, ich liege als Kranker bei Kranken, die Frühsonne scheint ins Zimmer, die Fenster stehen weit auf, die Bäume atmen Frische ins Zimmer, und ein Klotzschwanzchen singt sein zartes kleines Hochzeitslied — die Türe, sie geht auf. — Guten Morgen, der Freund, ein Freund, der Pfleger von der Tagwache — er kommt an mein Bett, er lächelt, das ist Freundschaft — und er sagt: du, Marek, der Kollege von der Nachtwache läßt dich grüßen — Weiter sagt er nicht. Aber Glück umkränzt uns alle, das Krankenhaus steht im Rosenparken, und mein Herz singt einen Choral, den Choral vom guten, guten Kameraden! *Mag Dort.*

Besuch im Krankenhaus.

Von Georg Müller-Sindlingen.

Liese Stille herrscht im Saal II. Friedlich, als wären sie die Gesunden der Welt, schlummernd die Kranken. Nur an den blaffen Gesichtern merkte man, daß man Patienten vor sich hatte. Die weiße Bettwäsche und das Halbhemd im Saal erhobten noch den Eindruck. Ruhig gehen die Atemzüge der Schlafenden; manchmal jedoch wird das Einatmen etwas länger und das Ausatmen etwas kräftiger — es klingt wie ein im Unterbewußtsein gefasener und im — unheimlich verhaltener Senfzer. Ob es Sorgen sind? Sorgen um die Angehörigen — um die Wiederherstellung der Gesundheit? Man weiß es nicht.

Die Schwester deutet auf einen blaffen jungen Mann am Ende der langen Bettreihe. „Vorgestern eingeliefert — gestern operiert“, flüstert sie uns zu — und „Ulcus ventriculi“ (Magengeschwür) flüstert sie ebenso leise auf unsere stumme Frage. Ich sehe nach der Tafel am Kopfende des Bettes. „Fritz Stamm, 29 Jahre, Dissident“, lese ich.

Wissener tauchen in mir auf. Ich sehe den blaffen jungen Mann als 12jähriges Kind. — 1914. — Die „große, herrliche Zeit“ beginnt. — 1917. — Sein junger Körper, in der besten Entwicklung, braucht Aufbaumstoffe. Statt dessen — schlechtes Essen — ohne Fett — mit 14 Jahren schwere Arbeit in einer Granatenfabrik.

Jugend, die der Krieg in der Heimat vernichtete! Und plötzlich frage ich die Schwester: „Und was ist mit den anderen?“

„Hier liegen nur Magenranke“, war ihre Antwort. „Ich lasse meinen Blick der Schürbrette entlang gleiten. 30 Jahre — 29 Jahre — 31 Jahre — 35 Jahre — 30 Jahre — 29 Jahre — lese ich.

„Betreten — dein Name ist Krieg!“ durchfuhr es mich, als wir der Schwester folgen wühten, die bereits den Saal verließ. „Und „Aufklärung!“ — Aufklärung schaffen, damit sich ein solches Betreten an Generationen der Menschheit nicht mehr wiederholt!“ war mein Gedanke, als wir das Portal hinter uns zumachten.

Der mißverstandene Molke.

Humoreske von Erich Hellenstein.

Die Erfahrung lehrt, daß Sprichwörter und Aussprüche großer Männer gar oft mißverstanden werden. Welches Ausspruch auf dem Folgenden sei ein Beispiel: „Mehr Licht!“ wird oft fälschlich dahin gedeutet, daß er damit an die Menschheit leghwillig die Auforderung gerichtet habe, sie möge nach mehr Aufklärung und Wahrheit streben.

Auch das Sprichwort „Ehrlich währt am längsten“ stößt noch heute auf wenig Verständnis, weil es eben am längsten währt und die Menschen keine Geduld haben.

Solch ein Mißverständnis eines Ausspruches brachte einmal einen sonst gar trefflichen Menschen in eine arg peinliche Situation.

Und das kam so:

Major von Rommel war Junggeselle und seit vier Jahren a. D. Man sollte nun meinen, seine Pensionierung habe ihm die wohlverdiente Ruhe gebracht. Doch dem war leider nicht so, denn er hatte seinen früheren Burtschen August behalten und dieser war etwas ungewöhnlich dumm, und zwar mehr, als behördlich erlaubt.

Der Major war, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sehr sparsam und fährte mit Hilfe seines Burtschen im Hause für sich einen sogenannten „bürgerlichen Mittagstisch“.

Nach „Aufhebung der Tafel“ stellte sich von Rommel täglich unter die Einfahrt des Hotels „Englischer Hof“, welches sich neben seiner Wohnung befand und stocherte mit einem goldenen Zahnstocher, den er von seinem Bruder, dem Sanitätstrot Rommel, geerbt hatte, zwischen seinen Zähnen, um bei den Passanten den Glauben zu erwecken, er habe eben im Hotel mindestens Fajan gegessen. Nur Sonntags wurde eine Ausnahme gemacht. Seit seiner Pensionierung war der Major an allen Sonn- und Festtagen ständiger Gast seines langjährigen Freundes, des Fabrikanten und Stadtrates Giese.

Dieser Freund war verheiratet, hatte zwei Jungen von vier und fünf Jahren, denen „Onkel Rommel“ jeden Sonntag vom Krieg erzählen mußte, und je mehr geschossen wurde und je mehr Tote es gab, desto mehr freuten sie sich.

Die Weihnachtszeit kam heran und Rommel sagte sich logischerweise, daß er sich für den Sonntagstisch bei Gieses in irgendeiner Art erkenntlich zeigen müsse, was er am billigsten bewerkstelligen könnte durch eine Aufmerksamkeit für die beiden Jungen. Zu diesem Zweck suchte er gleich am anderen Morgen ein Spielwarengeschäft auf und ließ sich verschiedene zur Auswahl vorlegen. Natürlich mußten es Soldaten sein. Doch als der Major die Preise hörte, fiel ihm das Herz in die — Stiefel.

Zum Nachteil der zu Beschenkenden war das Datum des Weihnachtsfestes zu knapp vor dem Ersten, denn was ihm der Verkäufer auch vorlegte, der Major mußte ablehnen, denn keine Summe ist so unbedeutend, daß sie nicht bedeutend wäre, wenn man sie nicht hat.

Nachdem der Ladeninhaber so ziemlich sein ganzes Lager zur Auswahl vorgelegt hatte, wurde er schließlich ungeduldig, denn sein Geschäft stand zur Weihnachtszeit voller Kunden, die alle bedient sein wollten.

„Nun, Herr Major“, sagte der Chef, etwas nervös geworden, „vielleicht überlegen Sie sich noch, während ich die anderen Herrschaften inzwischen bediene.“

Major von Rommel war damit einverstanden und sah sich im Laden um, ob er nicht doch noch etwas fände, das sich seiner pekuniären Leistungsfähigkeit mehr anpasse. Auf diesem Entdeckungspaziergang kam er in ein Seitenzimmer, in welchem eine große Kiste stand, angefüllt mit kleinen reitenden Pferdchen und pferdelosen Reitern. Es waren ehemalige Kavalleristen, deren Reiter durch irgendeine Unachtsamkeit abgetroffen waren. Der Major das sehen und sofort einen genialen Entschluß fassen, war eins.

Als sich der Ladeninhaber wieder zu ihm fand, fragte ihn der Major sofort, was das Pfund von diesem Bruch hier koste. Der Besitzer lächelte und meinte, daß dies nur kaputttes Zeug sei, welches der Herr Major doch nicht brauchen könne.

„Gerade das kann ich gebrauchen! Die Jungen sind noch ganz klein und machen Spielsachen doch gleich wieder kaputt, so daß es schade wäre, viel Geld auszugeben.“

Der Chef hatte begriffen. Sie wurden handelsseins, und von Rommel nahm für eine ganze Mark eine große Schachtel dieses Bruches mit und ging stolz auf seinen glänzenden, billigen Einkauf nach Hause.

Aber die von ihren Pferden getrennten Reiter machte er sich weiter keine schweren Gedanken, sie konnten ja während des Transportes auf der Post abgetroffen sein.

In seiner Wohnung angekommen, rief er sogleich seinen Burtschen August.

„Also, August, paß mal genau auf, damit du nicht wieder, wie schon so oft, eine Dummheit machst. Du packst diese Reiter und Pferde in zwei gleiche Schachteln und gibst sie heute noch an die Adresse, die ich dir hier aufgeschrieben habe, auf der Post auf, verstanden?“

August sah seinen Major mit einem ironischen Lächeln an, das um seine beiden Mundwinkel spielte, die so weit voneinander entfernt waren, daß er sich selbst etwas ins Ohr sagen konnte.

Als der Major das Zimmer verlassen hatte, machte sich August sofort an die Erfüllung seiner wichtigen Mission.

Am nächsten Tag war Heiliger Abend, an welchem unser guter Major aber nie zu seinen Freunden geladen wurde, sondern nur der enge Familien- und Verwandtenkreis. Dagegen aber war von Rommel am ersten Feiertag der einzige Gast bei Gieses, und auf diesen Tag freute er sich schon das ganze Jahr, denn das Menü pflegte nicht nur außerordentlich delikate, sondern auch eine willkommene Abwechslung gegenüber der mageren Speisenfolge seines Anzuges zu sein.

Doch feilsam, so feierlich ihm sonst zumute war vor dieser inkallidischen Handlung, diesmal wollte es ihm scheinen, als ob der Empfang, der sonst freudiges Behagen auslöste, ziemlich frostig sei. Besonders die beiden Jungen, die ihm immer mit Jubel entgegen-eilten, hielten sich sehr reserviert und sahen beiseite.

„Nanu“, dachte der erstaunte Abonnementsgast, „heute riecht's ja verdammt nach kaltem Aufschnitt!“

Als aber die Stimmung immer frostiger wurde und die Jungen nicht die leiseste Miene machten, dem Onkel für die schönen Soldaten zu danken, fragte er sie direkt, ob ihnen sein Geschenk denn gar keine Freude gemacht habe.

Die Jungen machten maulige Gesichter und brummen: „Was soll'n wir denn damit? War'n ja alle kaputt!“

Der Major spielte ganz vorzüglich den Erstaunten und rief: „Nicht möglich! Das kann aber nur auf dem Transport geschehen sein! Das tut mir aber wirklich leid!“

Die Jungen guckten sich an, und dann sagte der Kleinste: „Das glaub ich aber bestimmt nicht, Onkel, denn in einer Schachtel waren die Pferde und in der anderen die Reiter. Die müssen doch schon vorher kaputt gewesen sein.“

Der Major wurde vor Schreck und Wut blaß und nur die Burgundernase „erglänzte weit hinaus“. Der ganze Abend war dem alten Soldaten verdorben und er ging auch früher als sonst nach Hause; er konnte es gar nicht erwarten, seinen August bei den Ohren zu nehmen.

Als er noch am selben Abend atemlos mit seiner Strafpredigt fertig war, schloß er dieselbe mit der Frage: „Mensch! Ker! August! Wie kamst du denn dazu, Reiter und Pferde getrennt einzupacken, du Rindvieh!? Worauf hast du denn bei dieser Riefendummheit gedacht?“

„An Molke!“

„Wannas?“

„Erzählens, der Herr General, sagte doch: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.““

„Bei dir wird's auch gleich einschlagen!“ rief der empörte Major, und seine Hand stieß sich im selben Augenblick etwas anfangs an Augusts Wade.

Wenn Molke! geußt hätte, was er mit seinem Ausspruch „Getrennt marschieren und vereint schlagen“ angerichtet, hätte der große Schweiger noch mehr geschwiegen.